

Bremer, Rainer

Kritik der politischen Ökonomie - heute

Pädagogische Korrespondenz (1997) 20, S. 67-113



Quellenangabe/ Reference:

Bremer, Rainer: Kritik der politischen Ökonomie - heute - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1997) 20, S. 67-113 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-85854 - DOI: 10.25656/01:8585

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-85854>

<https://doi.org/10.25656/01:8585>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der

Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

ERÖFFNUNG

- 5 *Andreas Gruschka*
10 Jahre Institut für Pädagogik und Gesellschaft
Zur Einleitung in die Tagung und in das Sonderheft

REFERATE

- 11 *Wolfgang Denecke*
Die Wahrheit der Kunst. Meditationen über einen alten Hut
- 33 Anm. zum Text: *Andreas Gruschka*
- 35 *Gerhard Schweppenhäuser*
Die Universalität der Kälte und die Kälte des Universalismus.
Kritik an Ethik und Moral nach und mit Adorno
- 48 Anm. zum Text: *Martin Heinrich, Andreas Gruschka*
Replik Gerhard Schweppenhäuser
- 55 *Christoph Türcke*
Im Zwielficht des Symbolischen
Wenn Unternehmer als Revolutionäre daherkommen
- 63 Anmerkungen zum Text: *Peter Euler, Andreas Gruschka*
- 67 *Rainer Bremer*
Kritik der politischen Ökonomie – heute
- 85 Anmerkungen zum Text: *Eike Pulpanek*
Replik Rainer Bremer
- 115 *Jörg Ruhloff*
Zehn Jahre Pädagogische Korrespondenz

BIBLIOGRAPHIE

- 123 Studien des Instituts
- 123 Schriftenreihe des Instituts bei der Büchse der Pandora
- 124 Flugschriften des Instituts
- 125 Pädagogische Korrespondenz Hefte 1–19
- 142 Teilnehmer der Jubiläumstagung in Münster

Rainer Bremer

Kritik der politischen Ökonomie – heute

I

Kritische Theorie hat auch dann noch an einer ökonomiekritischen Gesellschaftstheorie festgehalten, als sie deren von Marx verbürgte wissenschaftliche Kraft zur Kritik vermißte und später das Verschwinden ihrer objektiven Möglichkeit konstatierte. Erinnert sei an Adornos Beiträge zum »Positivismusstreit in der deutschen Soziologie« und weitere Texte zur Methodologie der Gesellschaftswissenschaften. Es ging ihm und selbstverständlich Horkheimer um die richtige Kritik am falschen gesellschaftlichen Zustand. Je mehr dieser im Gewande systemischer Notwendigkeiten, also von zwar eingeschränkter, aber bestimmter Rationalität auftrat, desto ideologischer erschien ihnen eine Theorie, die solche Systematik nur rekonstruiert und in der Konsequenz adoriert. Sie identifizierten das System schlechterdings in seinem Zwangscharakter und damit als die Fortsetzung der archaischen Herrschaft, die sich moderner Methoden der Unterwerfung der Menschen unter irrationale Zwecke bedient. In der Perspektive dieser Kritik an Mechanismen ubiquitärer Vergesellschaftung lag eher zu fragen, wohin die Subjekte sich noch flüchten können, als im irrationalen Zwang die der Logik ähnliche Mechanik der Herrschaft einschließlich ihrer schwindelerregenden Macht zur Ausübung instrumenteller Vernunft zu rekonstruieren. Um es in einem Bild zu sagen: Besonders Adorno hat sich mehr um die Residuen des guten Lebens, gleichsam die Maschen bemüht, die eine Ausflucht gewähren, als um das Netz, in dem die Menschen gefangen gehalten werden wie in einem – so sein Wort – Freiluftgefängnis. Dessen Perfektion sah er dadurch bestätigt, daß die Menschen keine klaustrophobischen Symptome zeigten und wo doch, dann solche, die ihnen selbst nicht im Zusammenhang mit ihrer gesellschaftlichen Existenz erscheinen können. Und jene Institutionen, die historisch mit Aufklärung und Wissenschaft entstanden, haben als gesellschaftlich anerkannte längst ihre kritische Funktion eingebüßt – sie weben, nach einem Wort Adornos, kräftig mit »am Schleier«.

Die Kritische Theorie sah sich einer fast geschlossenen Oberfläche gesellschaftlicher Funktionalität gegenüber. Der atavistische Protest dagegen wie der Faschismus als Massenbewegung ist unter größten Opfern überwunden worden, das politische Konkurrenzmodell, den real existierenden Sozialismus haben Horkheimer und Adorno früh als Diktatur durchschaut und in den politischen Marxismus mit dem unvermeidlichen Appendix Leninismus kein Vertrauen setzen können. Der Sieg nun über Hitler und seine Gefolgschaft hat den »Autoritären Staat« in seiner in den 40er Jahren befürchteten Form überflüssig gemacht.

Es sieht danach aus, daß die von Marx als grundlegend analysierten Strukturen der gesellschaftlichen Reproduktion ihren objektiven Charakter abstreifen konnten. Die

Gangs und Rackets, also die Gangster und Racketeers sind offensichtlich in der Lage, die zwangsläufigen Krisen nicht nur um ihre das System der Verwertung finalisierende Logik zu bringen, sondern auch die typischen, schon nach Marx keineswegs bestandsgefährdenden Krisen zu entschärfen. Kurz, der von Marx prognostizierte Endzustand kapitalistischer Verwertung, den nichts einhalten könnte, da er unmittelbar aus der Verwertungslogik – der Zunahme des konstanten gegenüber dem variablen Kapital einerseits und die alleinige Quelle des Werts durch lebendige Arbeit andererseits – entspränge, ist nicht gerade einmal abgewendet worden, vielmehr hat sich da wohl eine Macht etablieren können, die die objektiven, vom Kapitalismus selbst hervorgebrachten Strukturen zu manipulieren in der Lage ist, die wissenschaftlich zu sistieren Marx als Chance und Aufgabe der Kritik sah. Womit denn nur noch mit Komik von determinierenden, objektiven Strukturen geredet werden kann.

II

Nun könnte jemand unter Ihnen lautstark protestieren und den Vortrag mit dem Hinweis unterbrechen, es sei ungeheuerlich, hierzulande und jetzt davon zu reden, Krisen in gravierender Form gebe es nicht mehr. Und vor allem die implizite These meiner Einleitung kann Widerspruch rechtfertigen: Herrschende jedweder Provenienz, ob wirtschaftlich oder politisch, hätten die Dinge in der Hand und unter Kontrolle. Darauf könnte ich entgegnen, meine Einleitung enthalte nicht einmal die Absicht geschweige denn das Argument der Krisenlosigkeit als solches. Mitmichten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ökonomische Krisen nach Ursache und Wirkung sich verändert haben. Aber es kommt mir vor allem noch darauf an, festzuhalten, daß die politische Linke im Westen gleichsam im Vertrauen auf Krisensymptome Zeitpunkt und Anlaß einer theoretisch gründlich reflektierten Wahrnehmung versäumt hat, weil sie sich in ihrer politischen Machtlosigkeit – spätestens nach dem Fall der Mauer und dem Verschwinden der östlichen Diktaturen – wohl eher an Krisen des Kapitalismus erfreut hat, als daß sie sie wirklich verstanden hätte. Nebenbei: Daß so viele von denen, die einst den Kapitalismus bekämpfen wollten und vielleicht auch aufrichtig bekämpft haben, auf das augenscheinlich greifbarere Ziel von Atomkraftwerken, Formaldehyd in der Raumluft und Schimmelpilze hinter der Ikea-Tapete sich eingeschossen haben, hat vielleicht nur damit zu tun, daß dergleichen Manifestationen technisch-wissenschaftlicher Irrationalität ungleich viel einfacher zu identifizieren sind als die tatsächlich ungemein komplizierten Mechanismen der Verwertung von Schimmelpilzen, die keiner haben will.

Betrachten Sie es als einen Vorschlag zur Güte, wenn ich zwischen evidenten gesellschaftlichen Widersprüchen und Krisen unterscheide, die in substantiellen Theorien erschlossen werden müßten. Die Widersprüche sind ebenso zahlreich wie ihr schlüssiges Verständnis selten. Das liegt daran, daß praktisch alle Krisenphänomene kreislaufwirtschaftlich erklärt, mithin eher unter geld- bzw. mengentheoretische Ansätze subsumiert werden als unter wertgesetzliche – was sie aber eben müßten, um der Marxschen Krisentheorie das Wasser reichen zu können. Wie weit das bürgerliche Theorem vom Wirtschaftskreislauf dahinter zurückbleibt, erweist eine einfache Überlegung: Zwar wäre, wenn wir alle, sagen wir ab morgen, kein Geld aus-

geben würden, in der Tat das Gesamtsystem alsbald pleite. Nun aber Geld zu drucken und es fleißig zu verteilen, damit viele viel ausgeben können, würde ja nicht die produzierten Waren vermehren, sie vielmehr nur inflationär verteuern. Deshalb bleibt die Antwort auf die Frage, woher der Wert stammt, in der Fassung Marxens, nämlich aus Arbeit, theoretisch verbindlich.

Zunächst etwas fast Anekdotisches: Es war in den 70er Jahren, als amerikanische Ökonomen verkündeten, die »Arbeiterklasse« dort sei längst im Besitz der Produktionsmittel. Mithin sei dort der Sozialismus verwirklicht. Wie lustig, nicht wahr? Der Schein von Wahrheit rührte von folgender Rechnung: Wegen des bekanntlich verhältnismäßig unterentwickelten Sozialsystems gab es in Amerika von den Gewerkschaften erstrittene Pensionsfonds. Die darin geleisteten Zahlungen der Kapitalisten waren und sind teilweise noch der Ersatz für die europäischen Rentenversicherungssysteme. Das sollte sich aber niemand als einen sagenhaft großen Topf voller Geld vorstellen, in dem Beträge angehäuft werden, die ad personam des künftig irgendwann ausscheidenden Arbeiters ausgezahlt werden müssen. Vielmehr sind diese Fonds zwar zweckgebunden, stellen aber sogenannte Rückstellungen dar, mit denen die Konzerne ihre Steuerschuld je nach Laune selbst – im Wortsinn – steuern. Pensionfonds sind eine Sache des Big business. Nun dürfen sie an das ja unbesteuerte Geld nicht heran, sie können es aber anlegen. Da gibt es zwei grundsätzliche Möglichkeiten, deren Gebrauch je nach Unternehmensgröße sich empfiehlt. Der größte amerikanische Konzern, General Motors, hat selbstverständlich auch das meiste Geld. Der konnte von Zeit zu Zeit folgendes machen: Er erhöhte sein Stammkapital durch Aktienemission. Die neuen Aktien kaufte er mit Geld aus dem Pensionsfonds einfach auf. Das war eine völlig legale Anlage, faktisch Geldwäscherei. Aber es ging ja gut, denn das auf diese Weise nun in der Form von Aktienbesitz fungierende Vermögen der Pensionäre wuchs, wenn die Profite stiegen. Der andere Weg unterscheidet sich nur in der geringeren Dreistigkeit. Angelegt wurde das Papiergeld auch in Aktien, nur in solchen anderer Firmen. Die Vermehrung der steuerfreien Rückstellungen kannte folgerichtig auch den direkten Gang zur Börse, sie wurden dort als Pensionspapiere gehandelt. Das erklärt das stetige Wachstum der Pensionsreserven, die begannen, auf den amerikanischen Aktienmärkten eine immer größere Rolle zu spielen. Und irgendwann hat sich dann ein bürgerlicher Ökonom einmal hingesetzt und eine lupenreine Milchmädchenrechnung aufgemacht, mit dem Ergebnis, daß nominell die amerikanische Industriearbeiterschaft zur größten sozialen Gruppe unter den Aktionären angewachsen sei. Da fehlte nur noch eine kleine Hochrechnung des Mengenwachstums, bis nicht nur der angebrochene Sozialismus in Amerika verkündet werden konnte, sondern auch, daß bald der Kommunismus ausbrechen würde.

Der Trick dieser Rechnung läßt sich schon kreislauftheoretisch demaskieren. Betrachtet man die Arbeiterklasse nicht idealiter als den momentanen Besitzer des Aktienvermögens, sondern den Zweck der Pensionsfonds, wird die Behauptung, die Industriearbeiter seien Besitzer am Produktivvermögen geworden, nicht nur falsch, sondern zynisch. Sie sind nicht Eigner von Kapital, sondern Berechtigte zum Bezug von Geld, das ihre Konsumtion abdeckt, sobald sie im Stand des Pensionärs keine Revenue aus Lohnarbeit mehr beziehen. Die Menge von Geld bzw. Kaufkraft ist berechnet auf die Menge von Konsumtionsmitteln, die die Einzahler als Lohnersatz-

einkommen sozusagen bis zu ihrem Tod benötigen werden. Das hat nichts mit Akkumulation zu tun, rein gar nichts. Es ist kein Surplus darin, denn die Zahlungen in die Pensionsfonds sind praktisch Teil des Lohns, eines Lohns eben, der nur später ausgezahlt wird.

Die Anekdote von der schleichenden Expropriierung der Expropriateure durch die Altersvorsorge der Arbeiter kann man auch als ungewollte Verballhornung der bürgerlichen Ökonomie durch ihre weniger scharfsinnigen Apologeten lesen. Wie steht es aber mit ihren Theoremen, denen der common sense so ohne weiteres nicht auf die Schliche kommt? Diese Theoreme haben eine erstaunliche Überzeugungskraft, da sie prima facie nicht als Ideologie, vielmehr im Gegenteil als Krisendiagnose auftreten. Der ökonomietheoretische Diskurs sieht nicht mehr danach aus, als wolle er irgend etwas beschönigen – etwa wie im Beispiel die Rolle der besitzlosen Arbeiter. Ganz im Gegenteil, die Feststellung der ökonomischen Krise ist notwendiger Ausgangspunkt des Expertenpalavers. In meinem Verständnis ginge es auch anders nicht mehr, denn die Widersprüche sind dermaßen einschlägig geworden, daß ihre Leugnung auch den depraviertesten Fachmann zum Fall für die Psychiatrie machen würde. Nehmen wir zunächst die Arbeitslosigkeit und dann die Staatsverschuldung. Beides kann man nun wirklich weder leugnen noch beschönigen.

Aus der Schwierigkeit, über die Arbeitslosigkeit nicht mehr hinweggehen zu können, wird natürlich noch lange kein Ansporn zur Wahrheit. Wie wird nun das Thema Arbeitslosigkeit behandelt? Erst einmal fällt der sadomasochistische Sinn für die schreckliche Realität der Massenarbeitslosigkeit auf. Fast will es scheinen, als brauche man sie als Gegenstand der Politik. Stellt man demgegenüber in Rechnung, daß tatsächlich in formaler, statistischer Betrachtung der Arbeitsmarkt selbst eigentlich ein stabiles Wachstum aufweist und eine Arbeitslosenquote von offiziell 10 % allein durch das Bevölkerungswachstum einschließlich der Zuwanderung bedingt ist, fragt sich, warum ökonomische Fachleute das nicht lauter sagen. Stattdessen ziehen sie wenn nicht Kritik so doch Erwartungen auf sich, die sie weder erfüllen können noch aber müßten. Denn: Aus Sicht der bürgerlichen Ökonomie und der mit ihr verschworenen Politik aller zur Wahl stehenden Parteien ließe sich der soziale Saum um den zweidimensionalen Arbeitsmarkt – Angebot von Arbeitskraft und Nachfrage nach ihr – als stattliche Bordüre anpreisen: Von 1970 bis 1989 ist die Erwerbsquote exakt konstant geblieben (jeweils 56,2 %), danach etwas gesunken, wobei die Zahl der Arbeitsplätze absolut zunahm, gerundet sind von 1989 bis 1995 1 Million Arbeitsplätze hinzugekommen, wobei diese Angaben nur für Westdeutschland gelten. Unter Absehung von qualitativen Gesichtspunkten haben diverse Krisen vom Ölpreis bis zu zwei technologischen Rationalisierungsschüben (Elektronik bzw. Mikrocomputer und Umwelttechnik) die Stabilität der deutschen Marktwirtschaft nicht erschüttern können. Die unschöne Arbeitslosenquote von verdeckt bis zu 20 % kann man statistisch auf die demographische Entwicklung bzw. die Zunahme der Arbeitsbereitschaft zurückführen. Das tut aber niemand, jedenfalls nicht offen. Wie wird aber stattdessen die »Krise der Arbeitsgesellschaft« dargestellt?

Für die Unternehmen bietet das Thema der Arbeitslosigkeit ein Potential psychischer Bedrohung zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin. Das ist die propagandistische Funktion, aber nicht ihre Intention. Eine solche wäre erst zu unterstellen,

wenn Unternehmen sich dazu verleiten ließen, ihre Produktion künstlich einzuschränken, um einen drakonischen Anstieg der Arbeitslosenzahl zu erzwingen. Das aber ist Unsinn, denn sie brauchen schließlich die arbeitenden Menschen, damit sie ihr Kapital verwerten können. Das ist die Grundlage ihres ökonomischen Handelns, nicht der Abbau von Arbeitsplätzen.

Für die Gewerkschaften scheint das ökonomische Syndrom der Arbeitslosigkeit die Leerstelle der »sozialen Frage des 19. Jahrhunderts« einzunehmen. Der mählich gewachsene Anteil der Lohnarbeit am Volkseinkommen, also die Abschaffung von »Armut trotz Arbeit«, ist als Sieg des sozialdemokratisch formierten Sozialstaats mißverstanden worden. Faktisch ohne Grund, sozialpsychologisch aber verständlich, erlahmte die Klassenseinwanderung um die Beteiligung an den Produktionsmitteln. Der Klassenkompromiß aus der Nachkriegszeit hatte den Verzicht auf Verteilung des mobilen und immobilien Vermögens bei gleichzeitiger Beteiligung am Vermögenswachstum zum Inhalt. Das hieß schlicht: Behaltet ihr die Produktionsmittel, auch die künftigen, gebt aber uns unseren Anteil am Zuwachs. Der wurde im Produktivitätsfortschritt, also im Wachstum gemessen. Wuchs laut Feststellung des statistischen Bundesamts das Bruttosozialprodukt um 7,5 %, konnte man sicher sein, daß bei den folgenden Tarifverhandlungen auch 7,5 % verlangt wurden – meistens mehr, um etwas zum Runterhandeln anbieten zu können. – Für Zuhörer, die diese Behauptung überprüfen wollen, muß ich sie etwas einschränken, aber gleichwohl aufrechterhalten. Die Gegnerschaft von Unternehmen und Gewerkschaften hatte selbstverständlich immer eine starke strategische Komponente. Der Klassenkompromiß, von dem hier die Rede ist, fand deshalb einen verdeckten Ausdruck. So hat Hans-Martin Schleyer in seiner Zeit als Vorstandschef von Daimler-Benz und als Tarifpokerspieler bei Verhandlungen zwischen Gesamtmetall und IG Metall eine schizophrene zu nennende Strategie verfolgt: Um sowohl die Unternehmensinteressen zu verfolgen als auch den Kompromiß mit den Gewerkschaften zu berücksichtigen, spielte er als Souverän über Produktionsmittel im Angestelltenverhältnis seine strategische Raffinesse aus. Tariflich sollten möglichst geringe Steigerungen abgeschlossen werden, damit die Unternehmen *freiwillig* mehr zahlen konnten. Damit bekämpften sie sowohl die Gewerkschaften, indem sie auf deren relative Bedeutungslosigkeit für erzieltetes Einkommenswachstum verweisen konnten, wie sie auch den sogenannten sozialen Frieden sicherten, der auf dem Klassenkompromiß beruhte. In manchen Unternehmen hat die Praxis niedriger Tarifabschlüsse und hoher Lohnzahlungen fast komisch zu nennende Blüten getrieben. Vielleicht erinnert sich unter Ihnen jemand daran, daß der VAG-Konzern erst im letzten Jahr die haustariflich vereinbarte Überzahlung von sage und schreibe 20 % auf den Tariflohn zur Disposition stellte und verlangte, den Lohn kürzen zu dürfen. Im Gegenzug bot das Management Arbeitszeitverkürzung an, die mittlerweile berühmt zu nennende 4-Tagewoche. Wer meine Einlassungen zum Klassenkompromiß an Daten überprüfen will, muß sich schon die Mühe machen, der strategischen Praxis der Großunternehmen nachzuforschen, ein Blick in die Tarifverträge reicht da nicht. Er wird allerdings bestätigt finden, was ich berichte.

Der Klassenkompromiß scheint stillgelegt zu sein, der Eindruck drängt sich auf, daß der Klassenkampf von oben wiederaufgenommen wurde. Der alte Kompromiß sah auf beiden Seiten Gegenleistungen vor. Die Gewerkschaften sollten die Eigen-

tumsordnung anerkennen, die Unternehmer die Macht der Gewerkschaften, die diese durch den jährlichen Kampf um Lohnsteigerungen demonstrierten. Die Verteilungsfrage, die eben – was heute bereits die Gewerkschafter vergessen zu haben scheinen – mit jenem Kompromiß zuinnerst verbunden und strategisch beantwortet war, ist schleichend von der Propaganda umgewidmet worden. Zu Hilfe kam dem heutigen »Konsens von Politik und Tarifpartnern« darüber, daß es beim »Standort Deutschland« »vorrangig um Arbeitsplatzsicherheit« gehe, die schlichte Übertragung von ökonomischer Sekurität mittels hinreichendem Einkommen zum »Arbeit Haben«. Ohne den Hohn in ihren Worten zu verspüren, warnen Sozialdemokraten und Gewerkschafter vor einer »Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose«. Der Bankrott sozialistischer Politik läßt sich krasser nicht bezeichnen als durch ihre Vertreter selbst: Die besitzlosen Proletarier sollen sich daran freuen, daß sie weiter arbeiten dürfen. Nun gälte es, den Kampf um Arbeitsplätze aufzunehmen. Die Verteilungsfrage stellt sich am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr in der Form der Teilhabe am gesellschaftlichen Produktivvermögen, sondern in der, nicht von Fabrikarbeit ausgesperrt bleiben zu müssen.

In der Erwartung, als jemand gescholten zu werden, der kein Herz für Arbeitslose hat, möchte ich doch auf eine winzige Kleinigkeit hinweisen, die für die Kritik der politischen Ökonomie immer zentral war: Daß ja wohl die Arbeitskraft allein nicht die Produktion aufrecht erhält. So etwas gibt es nur in der Subsistenzwirtschaft, die von Produktion zu reden gar nicht zuläßt, wenn die Menschen z.B. durch Jagen und Sammeln ihr Dasein fristen. Der Wert eines Produkts, also einer Ware, die Tausch- und Gebrauchswert hat, setzt sich aus c , v und m zusammen. Der Besitzer muß den Gebrauchswert verkaufen, um den Tauschwert zu behalten. Ehe ich dieses Thema vertiefe, möchte ich die wenigen gerade erwähnten Begriffe benutzen, um auf den eigentlichen Skandal der Arbeitslosigkeit hinzuweisen:

- Der Tausch von Waren, die einen doppelten Wert verkörpern, indiziert immer ein Bedürfnis. Elementar gilt, daß niemand ein Ei gegen ein anderes oder einen Tausendmarkschein gegen einen anderen tauscht. Gleiches wird nicht getauscht, wohl aber wird durch Tausch Ungleiches gleichgesetzt. Tausch impliziert durch die Gebrauchswertseite der Waren Bedürfnisse. Bedürfnisse sind in ausreichender Zahl vorhanden.
- Um m zu erhalten, müssen v und c vorgeschossen werden. Lassen wir das geldliche Äquivalent von c beiseite – also die Verfügbarkeit von Kapital, das vorhanden sein muß, um c zu bezahlen, zu »kaufen« –, dann fragt sich, ob genügend Rohstoffe, das Know-how und sonstige Faktoren vorhanden sind. Sie sind.
- Bleibt das v , die Arbeitskraft. Die Antwort auf die Frage, ob genügend Arbeitskraft verfügbar ist, beantwortet die Arbeitslosigkeit selbst. Sie ist.

In der klassischen Theorie spricht man von den drei Faktoren Kapital, Boden und Arbeit. Der Markt soll sie allozieren. Das kann er augenscheinlich nicht, die Unfähigkeit dazu hat zu einem ungeheuerlichen Widerspruch zwischen Bedürfnissen auf der einen Seite und dem Potential an Effektivierung der Arbeitskraft durch Maschinen und Automaten auf der anderen Seite geführt. Trivial formuliert: Es ist alles da, Nachfrage in der Form von weitgehend unbefriedigten Bedürfnissen, Produktivkräfte und Produktionsmittel. Wobei der Überfluß bei letzteren nur noch durch den weltwei-

ten Mangel an zureichenden Lebensmitteln übertroffen wird. Aber statt die mögliche Produktion notwendigster Lebensmittel schleunigst zu beginnen, verteilen die Mächte den Mangel. Die Chimäre der Vollautomation, die keine Arbeitskraft mehr braucht außer der, die zu ihrer Herstellung noch nötig war, ist zwar weit entfernt und wird unter diesen Produktionsverhältnissen auch nicht realisiert werden können, doch die Menschen ängstigen sich vor ihr als etwas, das sie vollends überflüssig macht. Es scheint verrückt: Das, was die Versorgung mit allen notwendigen Gütern, die heute sozusagen mit links produziert werden können, ermöglicht, nämlich die entwickelten Produktivkräfte, sollen die Menschen fürchten – sei es in der Sorge um verlorene Arbeitsplätze, sei es aus Angst vor dem Elektrosmog, den Dampfbügeleisen angeblich produzieren. Vollautomation ist jedoch das Telos der Maschine, die Arbeit ersetzt, im Gesamtzusammenhang alle Arbeit. Sie ist die Bedingung des Reichs der Freiheit. Davor sollen die Menschen sich wohl fürchten. Aber im Ernst, die Absurdität der »Krise der Arbeitsgesellschaft« besteht darin, daß sie das in einem wie gesagt ungeheuerlichen Widerspruch sich ausdrückende Skandalon der praktisch stillgelegten produktiven Potenzen blank verleugnet und dem Durchschnittsbewußtsein einredet, Produktionsfortschritte seien verderblich, sie brächten eine große Zahl von Menschen um die Existenz: Als wenn es erstens nicht noch genug zu produzieren gäbe, um dem Mangel abzuhelpen und als wenn es zweitens – im gegenteiligen Fall – nicht wünschenswert wäre, die Maschinen arbeiten zu lassen.

Gewiß, das sind letztlich moralische Argumente – was interessiert einen Produktionsmittelbesitzer schon der legitime Wunsch nach Muße? –, die als solche in dieser Gesellschaft sowohl faktisch durch die Politik und die Verfügung über Produktionsmittel zum Zweck der Profitsteigerung als auch wissenschaftlich behandelt werden: Man ignoriert sie, denn Moral ist unwissenschaftlich und stört die Geschäfte. Aber sie ist auch aus marxistischer Sicht unbefriedigend, weil sie letztlich kreislaufwirtschaftlicher Beobachtung entspringen. Das eigentliche Problem der Theorie liegt wesentlich tiefer, in der Anwendbarkeit der Werttheorie, die als einzige am Zusammenhang von Arbeit und Entstehung des Werts festhält. Darauf weiter einzugehen, muß ich an das Ende meines Vortrags stellen, ich möchte zuvor das Thema der Finanzkrise, dem der Arbeitslosigkeit verwandt, ansprechen, weil es die Abgründe einer werttheoretischen Krisendiagnose weiter veranschaulichen kann.

III

Das Thema »Finanzkrise« war aus einigen empirischen Gründen besonders gut geeignet, die Kritik der politischen Ökonomie in gewisser Weise auf den Kurs bürgerlicher Ökonomie zu bringen. Prominent möchte ich J. Robinson nennen, die als Marxistin den publizistisch erfolgreichen Versuch unternommen hat, Keynes' Theorie über den geldwirtschaftlichen Zusammenhang von »Beschäftigung, Zins und Geld« zu adaptieren. Er, Keynes, hat im Stile unverdrossener Empiriker die Phänomenologie moderner kapitalistischer Gesellschaften bis zur theoretischen Grundlegung betrieben. Das normative Element seiner Theorie besteht darin, daß er »Vollbeschäftigung« als Ziel und Problem der Nationalökonomie etabliert hat. Von sich aus hätte sie dazu nicht unbedingt finden müssen, aus politischer Enthaltksamkeit. Aber die

Nationalökonomie hat sich schon seit der Jahrhundertwende zu einer Beratungsinstitution entwickeln wollen, deren prominenteste deutsche Vertreter sicher Friedrich Naumann und Max Weber waren, Liberale mit einem »sozialen Gewissen«, dem sich die Stärkung der staatlichen Wirtschaftspolitik empfahl zugunsten der ökonomischen Integration der Arbeiterbewegung – sie waren allesamt Etatisten und eben keine Erzlberalen. Ist der Markt prinzipiell krisenhaft, so muß es staatliche Tätigkeit am Markt erst recht sein, da er kein Konkurrent der Unternehmen sein darf. Seine Finanzierung aus Steuern ist gleichzeitig immer krisenauslösend, wenn auch in Latenz. Er schmälert das Nationalprodukt durch konsumtive Ausgaben, und wo diese wie in der Form von verkehrstechnischer Infrastruktur zur Produktivkraftsteigerung beitragen, belasten sie seinen Haushalt, da er von der Steigerung nichts abbekommt. – Spätestens hier wird es schon mit der Analyse der Produktivität von Staatsausgaben schwierig. Ein Kreislaufmodell scheint fällig, das Keynes lieferte. Die einfache Form dieses Kreislaufmodells schließt das Kreissegment der Staatsausgaben ein. Diese schaffen Nachfrage und damit einen Markt für private Anbieter. Über den Nachfrageeffekt hinaus und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen bleibt er auf den Kosten seiner Investition sitzen. Nun mißt die Theorie die investive Staatstätigkeit allerdings nicht, wie sich das eigentlich gehörte, an den Einnahmesteigerungen des Staates selbst, sondern an den Wachstumseffekten auf die Gesamtwirtschaft. In der einfachsten Vorstellung ist der Staat damit eine Art Geldpumpe, die den Kreislauf von Steuern – Investitionen – Produktionszuwachs in Gang halten soll, indem ein gewisser Teil des Geldvermögens durch das Segment der Staatsausgaben geschleust wird. Man kann sich leicht vorstellen, wie schwierig es sein muß, den »gewissen Teil« zu quantifizieren. Außer dem abstrusen Minimum (Staatstätigkeit gleich Null) und Maximum (Staatstätigkeit erreicht 100 %) steht nichts fest. Keiner kann angeben, was kreislauftheoretisch das Optimum der Staatsintervention wäre – vor allem die Keynesianer nicht. Aber es kann auch keiner von den Monetaristen sagen, welche Untergrenze von Staatsintervention werttheoretisch unkritisch bleiben müßte. Deshalb können Keynesianer derzeit nur raten, Geld in den Kreislauf zu pumpen, und Monetaristen, die über Schulden finanzierten Interventionen zu unterlassen. Der in diesen Schulen ausgebrochene Streit um des Kaisers Bart treibt seltsame Blüten. In diesem botanischen Sinne lehrreich ist vielleicht der Versuch, Staatsausgaben nach produktiv und unproduktiv zu sortieren:

- Staat investiert in Panzer und Kasernen. Mit Panzern kann man nicht einmal Tomaten transportieren, da die Beschädigung öffentlicher Straßen bei weitem den Wertzuwachs übersteigt, den sogar Tomaten verzeichnen, wenn sie dort ankommen, wo sich Käufer finden. Panzer sind also unproduktiv; aber: Sie erfüllen vollständig die Bedingung der Konkurrenzlosigkeit der Staatsausgaben. So gesehen sollte der Staat nur Panzer kaufen oder Sandberge versetzen, sagen wir von Bremen nach Bremerhaven und dann wieder zurück. Das Geld landet bei den Panzerbauern, die es kasieren, oder bei den Sandtransportunternehmen, die dafür neue Lastwagen kaufen. Das freut die Lastwagenindustrie, sie kann ihre Stückzahlen erhöhen und damit die Kosten der Güterverkehrswirtschaft senken.
- Staat baut Schulen und bezahlt Lehrer, die darin arbeiten. Das sollen dann produktive Ausgaben sein, die den Wert der Arbeitskraft erhöhen. Werttheoretisch ist das

Unfug, worauf ich noch zurückkomme. Aber Lehrer konsumieren nur, Akkumulation wie bei Panzerbauern findet nicht statt. Es gibt keine Kostensenkung als hidden effect.

- Staat versucht ein Mittelding: Er investiert in Forschung und Bildung und gleichzeitig in völlig unproduktive Güter. Er beschließt ein Programm zur Mondlandung. Es muß eine Technik entwickelt werden, die es noch nicht gibt, High Tech würde man heute sagen, eine Neuaufgabe des Manhattan-Projekts zum Bau der ersten Atombombe. Obwohl der Flug zum Mond nichts bringt, gibt es side-effects, z.B. die Teflonpfanne. Mit ihr kann man ohne Fett braten. Das ist schlecht für die Lebensmittelindustrie. Aber: Da bei falschem Gebrauch manch ein Stück Fleisch oder Ei verbrennt, ist es auch wieder gut, denn dann müssen die Leute mehr Fleisch und Eier kaufen, dazu immer neue Teflonpfannen. Das ergibt zweifellos einen Wachstumsschub. Mit genügend Arbeitseifer und einer gehörigen Portion theoretischem Zynismus könnte man den ökonomischen Zusammenhang zwischen dem Mondfahrtprogramm und dem Anstieg des Fleisch- und Eiverzehr nachweisen. Leichter wäre es schon, das Ganze als Rüstungsprogramm zu analysieren, um die Sowjetunion in Schach zu halten. Da ließe sich sogar nachweisen, daß die Überrüstung auf Staatskosten das gesamte amerikanische Privatvermögen vor der Vernichtung bewahrt hat. Beziffert man dies auf sicherlich mehrere Billionen Mark und zieht davon die Kosten der Rüstung von 1946 bis 1992 ab, müßte etwas übrigbleiben, das in kameralistischer Rechnungsweise den Gewinn ausmacht. Eine bizarre Vorstellung, weil durch die prima facie unproduktive Rüstung praktisch keine Kosten angefallen sind, jedenfalls keine, die die genannte Rechnung mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung bringen könnten.

Mit den mehr oder weniger amüsanten Beispielen möchte ich auf eine strukturell gewordene Diskrepanz zwischen dem ökonomietheoretischen Rationalitätsmodell – trivial ausgedrückt: Nutzen minus Kosten muß ein Plus ergeben – und der Wirklichkeit unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen hinweisen. Die Diskrepanz sehe ich darin, daß die monetaristische Kreislauftheorie in der Variante, daß jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft, ganz wunderbar auf den Sandtransport von Bremen nach Bremerhaven zutrifft. Und siehe da, sogar die Keynesianer würden die mit jeder Sandfracht beschäftigte Arbeitskraft ebenfalls als Bestätigung ihrer basalen Hypothesen empfinden. Nur, was nützt es im Sinne des klassischen Axioms der subjektiven Ökonomie, demzufolge der Nutzen einer ökonomischen Transaktion größer sein sollte als ihre Kosten?

IV

Das so überaus plausible Kreislaufmodell hat eine Evidenz jenseits der alten, schon von Keynes oder Robinson nicht beantworteten Frage nach der Staatsintervention im richtigen quantitativen Verhältnis zum sogenannten privaten Sektor. Soll aus Steuermitteln Sand nach Bremerhaven verfrachtet werden oder nicht? Das bringt Arbeitsplätze, Steuereinnahmen. Außerdem sollen die Leute Beschäftigung haben, damit sie nicht herumlungern. Dagegen spricht, daß der Sand in Bremerhaven gar nicht gebraucht wird, weshalb er ja auch wieder zurückgebracht werden sollte. Und wie

wäre es, wenn man die Nutzenfrage generell in dieser Gesellschaft so stellte, wie sie sich in meinem Beispiel versteht? Nehmen wir die Fernsehprogramme, versanden sie nicht auch in einem Meer des Unsinnns? Es scheint eine Frage nicht mehr der Ökonomie sondern der Soziologie, überhaupt eine Antwort zu finden, die noch den klaren Begriff des Nutzens kennt. Was ist eben nicht nur kreislauftheoretisch der Nutzen von monetärer Deregulation und Keynesianischer Intervention? Der Grund für die Unmöglichkeit, darauf eine andere als nur nachträgliche, rekonstruktive Antwort zu geben, die dazu von zahllosen axiomatischen Setzungen behaftet sein müßte, liegt schlicht darin, daß sogar ein Menschenleben kostende Katastrophe noch die Bestatter durchfüttern wird. An diesem moralischen Skandal hat W. Kapp seine »Theorie sozialer Kosten« entwickelt. Aber schließlich bringt sie vollends die Unmöglichkeit der Bezifferung solcher Kosten zutage, denn gerade das, dessentwegen sie etabliert wurde, das Immaterielle, entzieht sich jener Quantifizierung, der die durchgeführte Theorie bedürfte, um die »sozialen Kosten« gegenrechnen zu lassen. Die Verwandlung von Moral in Wissenschaft muß scheitern, das wissen wir seit Kant.

Trotzdem verlangt es manchen kritischen Ökonomen immer wieder, an die Evidenzen der Keynesianisch aufgeklärten Nationalökonomie zu appellieren. Bei der Finanzkrise bieten sie zwar keine durchschlagenden Lösungen, doch warnen sie mit guten Gründen vor Fehlern, die alles nur noch schlimmer machen müßten. Wer kann sich schon dem theoretischen Charme des Postulats vom antizyklischen Ausgabeverhalten des Staats entziehen? Inmitten einer Rezession, zu deren Symptomen die Sparwut von Unternehmen rechnet, selbst in eine solche zu verfallen, muß die Dinge nur noch verschlimmern, für die ein Staat politisch verantwortlich gemacht wird. Er tut also gut daran, sich antizyklisch zu verhalten, obgleich weder die Theorie auf ewig gesichert ist, die von Zyklen spricht und also verheißt, daß es mit der Konjunktur einmal besser werden wird, noch das Problem der ebenfalls verheißenen Refinanzierung der für die Intervention aufzubringenden Schulden wirklich gelöst ist. Aber seinem antizyklischen Ausgabeverhalten sind jene Grenzen gezogen, die mit angehäuften Schulden immer enger werden. Jedenfalls können sich die Kritiker darauf berufen, daß Schulden schon da sind und nicht noch erhöht werden können. Zumal sie ja nun wirklich mit einigem Recht darauf hinweisen können, daß der ganze Interventionismus versagt, da doch an den angehäuften Schulden der Irrtum abzulesen sei, Intervention bringe refinanzierende Wachstumsimpulse. Richtig, möchte man zustimmen. Was aber ist, wenn am keynesianischen Interventionismus doch so viel dran ist, daß ein prozyklisches Verhalten nur alles noch schlimmer machen würde und insofern gar keine Alternative der Form besteht, entweder machst du es keynesianisch oder monetaristisch? Die Ausweglosigkeit – ich sage aus Überzeugung nicht das »Dilemma« – der Finanzkrise kann man noch weiter spitzzen:

Nichts, aber auch gar nichts deutet darauf hin, daß die Steuerkrise des Staates und seine Verschuldung auf einem anderen Wege als der Ausspielung seiner Macht gelöst werden könnte – durch einen Währungsschnitt, der die Schuldner entlastet und die Gläubiger belastet. Eine grausige Vorstellung für die Besitzenden, eine schöne für die Verschuldeten. Doch diese Variante ist aus einem paradoxen Grunde praktisch ausgeschlossen. Als sie, in diesem Jahrhundert zweimal, funktionierte, lagen die Dinge anders. Es muß eine neue Lösung geben, weil die alte außer Revolten nichts bringen

würde. Darin könnte man nun den »Primat der Politik« sehen und im Stile von Habermas' Zeitdiagnosen eine mittlerweile »lebensweltlich« stabilisierte demokratische Identität vermuten, die immer häufiger auf dem Sprung ist, Legitimation zu verweigern, eine Legitimation, deren Entzug angeblich jene zu fürchten gelernt haben, die über einen pauperisierenden Währungsschnitt befinden müßten. Also wäre es ratsam, das zu lassen. Nur, wie kann man etwas lassen, das unausweichlich scheint? Die Unausweichlichkeit müßte geklärt werden, ehe die politische Entscheidungslogik spekulativ angerufen wird. Die Frage lautet: Wie elastisch ist die Geldwirtschaft?

Gemach, gemacht, möchte ich sagen. Der Währungsschnitt steht nicht auf der Tagesordnung. Nur der Staatsbankrott. So greifbar dieser ist, so weit scheint doch jener entfernt. Das ist das Paradoxe, ja das Absurde der neueren Wirtschaftspolitik.

Aus aktuellem Anlaß – ich meine das jetzt ironisch – möchte ich auf die »Standortdiskussion« eingehen. Vor diesem Publikum kann ich mir sicher die Vermutung ersparen, daß es sich dabei um eine abgefeimte Kampagne der Arbeitgeber – die leider immer noch so heißen – handelt, um ihre strategische Position zu stärken. Ihnen schwebt wohl die Wiedereinführung des 14stündigen Arbeitstages und der Sechstageswoche bei Lohnverzicht bis zur 590 DM-Grenze bzw. bei »Haushaltsvorständen« plus der Sozialhilfesätze für arbeitslose Familienmitglieder vor. Ingenieure erhalten das Doppelte, auch wenn sich dadurch die Senkung der Zahl an Studierenden bis hinab zum exakten Bedarf von derzeit Null – alles andere wäre Verschwendung – nicht bewirken läßt. Vor der ökonomischen Rationalisierung müßten selbst auch die erschrecken, die sie betreiben, die Sanierer und Kostensenker. Aber was hilft gegen die Hypostasierung des arbeitsplatzsichernden Profits als Motor des Arbeitsplatzabbaus? Eigentlich nur die Logik. Die Propaganda der Arbeitgeber, schlichter gesagt, ihre Botschaften lauten: Ohne Profite erhalten wir die Arbeitsplätze nicht und um Profite zu machen, bauen wir sie ab. Dieser Schwachsinn ist sozialpsychologisch äußerst wirksam. Die staatliche Ausgabenpolitik befolgt diese Parolen ganz so, als ginge es um einen Profit, dem staatliche Institutionen überhaupt nachlaufen dürften. Naiv könnte man die kreislaufwirtschaftlichen Theoreme dafür zur Verantwortung ziehen. Ein Unternehmen, das nicht floriert, stellt keine Arbeitsplätze zur Verfügung. Es muß in schwierigen Zeiten Kostensenkung betreiben. Es wird ihm gestattet, unter Tarif zu bezahlen. Es kann seine Preise senken. Es verkauft mehr. Es muß Arbeitnehmer – die heißen auch noch immer so – einstellen, um die Nachfrage befriedigen zu können. Es geht bergauf. Die Arbeitnehmer fühlen sich sicher, sie fordern Lohnerhöhungen ...

Soweit zur ideologisch tief eingefärbten Situationsschilderung durch die Arbeitgeber. In der Praxis siedeln sie Arbeitsplätze in sogenannte Billiglohnländer um. Sie bauen ihre Maschinen dort zusammen, wo niemand sie kaufen kann. Warum tun sie das? Weil sie hierzulande die Lohnobergrenze von 590 DM im Monat nicht durchsetzen können? Wissen sie nicht, was ihre Kritiker herausgefunden haben, die z.B. vom »Boom ohne Arbeitsplätze« sprechen? Sie lasten solcher Investitionspolitik an, sie bringe sich durch die massenhafte Durchsetzung betrieblicher Egoismen resp. Kostensenkung um eine Nachfrage, die in der äußeren Mongolei nun einmal nicht mit Stundenlöhnen von 3 DM angeregt werden könnte, während sie hier mangels Lohneinkommen ebenfalls nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die »Globali-

sierung der Märkte« müßte in eine globale Verelendung münden, weil die Kaufkraft in den traditionellen Industrieländern schneller sinke als sie andernorts wachse. Das noch vorherrschende globale Gleichgewicht zwischen Reichtum und Elend droht also einem globalisierten Elend zu weichen, wenn man das denn glauben will.

Was ist wirklich daran? Was haben solche Kritiker in der Hand außer das Recht, kreislaufwirtschaftliche Zusammenhänge zu zitieren, die zum Hausschatz der bürgerlichen Ökonomie gehören? Letztlich gründen diese auf Gleichgewichtspostulaten, wofür manche Phasen der Stabilität kapitalistischer Märkte in den letzten 40 Jahren sprechen. Nimmt man aber dieses Postulat unter die Lupe, dann besagt es eigentlich nur, daß ein Unternehmen möglichst nur das produzieren sollte, was die Arbeiter sich auch leisten können. Das wäre das Kaufkraftargument in der reinsten Form, einer kreislauftheoretischen selbstverständlich – werttheoretisch ist das Unsinn, denn die Senkung des Werts der Arbeitskraft nach dem Mechanismus der relativen Mehrwertproduktion bedingt auf der einen Seite zwar, daß durch Produktivitätskraftsteigerungen der Wert der Konsumtionsmittel der Arbeiter gedrückt wird – was ja nur funktioniert, wenn sie sie auch konsumieren können –, aber: Die Verwertungslogik bleibt nur in Gang, wenn die Senkung des Lohns höher ausfällt als die Kostensteigerung bei den Produktionsmitteln. Insofern ist das Kaufkraftargument werttheoretischer Unsinn. Freilich bleibt richtig, daß die Produktion erst noch verkauft werden muß, um rentabel zu werden. Die Verkündung eines Risikos reicht aber angesichts des Plausibilitätsparadoxes der bürgerlichen Ökonomie bei weitem nicht hin, Krisen zu beschreiben und ihre Tendenz zu identifizieren.

Fast möchte ich mich bei Ihnen für den Versuch entschuldigen, eine »griffige« Begrifflichkeit eingeführt zu haben, was der Mode repetitiver Gedankenfiguren wie Sonstwasfalle oder Sonstwasparadox ja entspräche, die ich aber selbst abstoßend finde. Aber nur fast. Denn die Rede von einem Plausibilitätsparadox abstrahiert meiner Ansicht nach korrekt davon, daß zwei völlig gegensätzliche Interpretationen eines Sachverhalts möglich sind, solange die Rückschlüsse unmittelbar von der empirischen Erscheinung ausgehen. Ich getraue mich sogar, das ein wenig methodologisch zu begründen. Schließlich hat das keineswegs völlig uninteressante wissenschaftliche Konsequenzen, denn die sich heftig widersprechenden Theorien sind für die bis zur Lächerlichkeit dichotomischen Debatten um die richtige Wirtschaftspolitik verantwortlich, die in die Beliebigkeit, ja in den Bankrott der wissenschaftlichen Experten führen bzw. führen müßten.

Der Einwand, für theoretisch nicht eindeutig aufgeschlüsselte Phänomene seien eben stets plausible Erklärungen zu finden gewesen, deren Vertiefung zu Theorien dann doch dazu führte, daß diese sich gegenseitig ausschlossen, zieht nicht für die Ökonomie, wohl aber für die Naturwissenschaften. So werden sich schwerlich animistische Deutungen von Blitz und Donner mit der Einsicht in die Existenz elektrischer Ladungen vereinbaren lassen, wenngleich den Vorfahren die Erklärung, eine Gottheit wolle ihnen mit Blitz und Donner etwas mitteilen, nicht weniger plausibel erschienen sein dürfte als Physikern heute die Theorie elektrischer Felder. Aber: Aufklärung über die Natur ist etwas anderes als Aufklärung über die Gesellschaft. Sie ist genuines Artefakt, seit die Naturbeherrschung der Wertbildung nur noch denkbar schwache Grenzen setzt. Gang und gäbe ist der Mechanismus, daß eine staatliche Intervention

das Gegenteil von dem hervorbringt, das intendiert war. Dabei hatte die Intervention eine Erfahrung auf ihrer Seite, das Instrument hat vielleicht einmal funktioniert. Auf Nachforschung stellt sich heraus, daß es gute Gründe für die unberechnete, abweichende Reaktion derer gab, deren Handeln interventionistisch gesteuert werden sollte. Ein Beispiel: Wer aus meiner Generation hätte gedacht, daß die Atombombe als Waffe im Besitz zweier Systeme tatsächlich die Paralyse jeder Kriegsabsicht und Beutezüge hätte garantieren können, die sicher die Lordsiegelbewahrer stets hegten, und sei es in der Form ihrer militärischen Berater. Das Verrückte ist so verrückt geworden, daß es zur Vernunft gezwungen wurde. Steckte Hegel hinter der Bombe? Nachdrücklich möchte ich diese rhetorische Frage als solche kennzeichnen, sie soll ein Licht auf das von mir zitierte Plausibilitätsparadox werfen. Von Vernunft kann natürlich keine Rede sein. Was wäre aber, wenn die Sicherungen durchgebrannt wären, die nach Vernunftgründen gar keine sein konnten? Dann wären wir nicht hier und meine Überlegung wäre als tödlicher Irrtum widerlegt, freilich auch keiner mehr am Leben, der das feststellen könnte.

Gesellschaft als Artefakt scheint mir der angemessene Begriff für den Verlust berechenbarer Logik der Ökonomie zu sein. Die Symptome Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, ausgedrückt in der gegenwärtigen, scheinbar auf Selbstverleugnung und – vernichtung ökonomischer Rationalität hinauslaufenden Sparwut, können durch den in den Augen mancher Kritiker auf gesellschaftlichen Suizid gerichteten Mechanismus der Globalisierung des Marktes genauso gut in der definitiven, von Marx prognostizierten Krise enden. Alles wird verrückt, die großen Industrieunternehmen, sagen wir Mercedes-Benz, bauen ihre Autos dort, wo sie keiner kaufen kann. Bis sie es merken, sind sie pleite, besser gesagt wir als Kundschaft, die wir allerdings schon aus technischen Gründen lieber keinen Mercedes fahren sollten. Die bayerische Staatsregierung vertraut allen Ernstes den erpresserischen Prognosen der heimischen Konzerne (BMW und AUDI), daß die Massenfertigung ihrer Produkte ins Ausland verlagert werden wird. Sie stellt sich darauf ein, sie glaubt, eine neue Industriepolitik sei an der Zeit, nur noch hochqualifizierte Kräfte würden beim »Prototyping« benötigt, die es zu erziehen gälte. Sie hat die verächtlich so genannte Massenproduktion abgeschrieben – sie werden damit jene Fakten schaffen, für die sie einen plausiblen Anlaß in ihrer Planung zu sehen glaubten. Dadurch, daß sie das glaubten, haben sie der dazu führenden Hypothese zur Wirklichkeit verholfen, die deshalb »verifiziert« werden wird, durch die nächste Generation von Wirtschaftswissenschaftlern und sonstigen Empirikern. Daß das Prototyping ebenso gut einen Schuß in den längst stillgelegten industriellen Hochofen bedeuten kann, entging ihnen im Glauben an die Weisheit der »Industrieführer«, die sich ihrerseits dem Chaos des Marktes und den Latrinenparolen über seine Beherrschbarkeit gegenübersehen. An die Öffentlichkeit ist mittlerweile durchgedrungen, daß sie auch nur besitzlose Knechte des Kapitals sind, bestenfalls verfügen sie über Erfahrungen, die aus einfachen Gründen einer Elite vorbehalten sind, die nur deshalb so heißt, weil sie sie machen durfte. Auch sie haben nicht viel mehr in der Hand als die Evidenzen und Plausibilitäten der Marktökonomie. Auch sie suchen nach Gesetzen darin vergebens, sie prägen ihr allenfalls die Profitgier als Maxime ihres Handelns auf. Weil das jeder tut, hat die Einsicht in ihre Wirkung keinen strategischen Wert, die Motive ihres Han-

delns sind banal und die es ermöglichenden Informationen prinzipiell allen zugänglich – ohne Geheimnisse keinen Vorsprung. Sie sind, mit Verlaub, dumme Jungs, die Erfahrungen mit dem Vergangenen haben, ohne wissen zu können, was morgen passiert, obwohl sie es selbst herbeiführen, um nicht zu sagen anrichten. Das jedoch bleibt ihnen undurchsichtig. Kurzfristig legitimieren sie sich mit der Behauptung von Marktanteilen oder Kostensenkungen, was beides regelmäßig als Früchte ihres gezielten, entschlossenen Handelns verkauft wird. Langfristig können sie immer behaupten, nichts dafür gekonnt zu haben. Ihre Strategien haben Konjunkturen, sie besuchen Kurse, um am »Mainstream« angeschlossen zu bleiben. Weil sie alle das tun und daran glauben, wird er erst zu dem »Mainstream«, als den ihn die Propagandisten verkaufen. In ihm mitzuschwimmen uniformiert ihr Handeln, es wird berechenbar und es verschleißt seine Effekte. Prompt wird etwas Neues fällig, schon das Gerücht reicht, es als *Mainstream* zu etablieren. Das mag die Verbissenheit, ja Brutalität der Eliten erklären: Sie sind gefangen. Aber was bedeutet die geschilderte Willkür bereits von Moden in den »oberen Etagen«? Haben sie den Verstand verloren, sind sie narzißtische Irre, »Nieten in Nadelstreifen«, wie jüngst ein Buchtitel die »Wirtschaftsführer« denunzierte?

V

Mein Interesse gilt nicht solchen Kritiken als solchen, vielmehr ihrer Symptomatik in krisentheoretischer Betrachtung. D.h. nehmen wir einmal an, E. Reuter hätte als Chef von Daimler-Benz tatsächlich in dem Umfang versagt, den der Konzernverlust nach seinem Ausscheiden suggerierte: Die erkleckliche Summe von 5,4 Milliarden DM fehlte, das sind 5 400 Millionen, man braucht schon ein bißchen rote Tinte, um diese große Zahl auszuschreiben. Ich habe mal nachgerechnet, die haben im Bilanzjahr täglich 14 794 520,55 DM verpulvert. Die klassisch zu nennende Krisentheorie würde nun im Hinblick auf Ursache und Folgen zwei Hypothesen formulieren, wobei die erste den Tauschwert und die zweite den Gebrauchswert der hinter dem fallierenden Kapital stehenden Produktion betrifft:

- Offiziell heißt es, die katastrophale Konzernbilanz sei von unrentablen Firmenzukäufen verursacht worden. Nun ist das ziemlich egal, denn eine unrentable Firma heißt nichts anderes, als daß sie ihre Produktion nicht zu kostendeckenden Preisen losschlagen konnte. In heutiger Zeit liegt man mit dem Verdacht meistens richtig, daß hinter den Realisierungsschwierigkeiten von Profiten schlicht Überproduktion steht, was wiederum bedeutet, daß an den am Markt wirksamen Bedürfnissen vorbei produziert wurde. Der krisentheoretische Blick auf das Phänomen der Überproduktion deckt sich weitgehend mit den Deutungen der bürgerlichen Ökonomie, was nicht verwunderlich ist, da es unmittelbar um den Markt geht. Dies ist auch der Grund dafür, daß marxistische bzw. neomarxistische Krisenanalysen mit den eigentlich kritischen Begriffen wie Akkumulation, Überproduktion und relative Überbevölkerung in sachlicher Hinsicht mit den gleichen Daten operieren können wie die Kollegen aus der bürgerlichen Fraktion.
- In bezug auf die Gebrauchswertseite der in der Krise vernichteten Produktion gewinnt der ehemals kritische Begriff der Überproduktion eine völlig neue Bedeu-

tung, die seinen Gebrauch in Frage stellt. Nach Marx stehen die Zweige, also die Branchen der gesellschaftlichen Produktion in einer technologisch erzwungenen Proportionalität von gewisser Elastizität. Krisen sind im Kapitalismus vor allem deshalb unvermeidlich, weil kein Warenproduzent die Realisierung seiner Tauschwerte am Markt wirklich kalkulieren kann. Erst muß er produzieren und dann seine Ware feilbieten – wenn er Pech hat, wird er sie nicht los und sein Kapital falliert. Er hat am Markt vorbei produziert. Nun aber kommt die Gebrauchswertseite seiner Produktion dazu. Er hat mit seinem c und dem v tote und lebendige Arbeit »vernutzt«, sie also der gesellschaftlichen Produktion entzogen. Der Überproduktion seiner Ware müßte *wertgesetzlich* im Sinne der zitierten Proportionalität eine Unterproduktion andernorts entsprechen – das ist aber nicht mehr der Fall. Das ist die Implikation der klassischen Theorie der kapitalistischen Verwertung. Betrachten wir nun noch einmal unter diesem Gesichtspunkt den Verlust des Daimler-Benz-Konzerns von 5,4 Milliarden DM, so müßten wir in ein zweifaches Erstaunen verfallen: Einmal, daß man so viel Geld verplempern kann, ohne Pleite zu gehen. Zum anderen aber, daß es augenscheinlich nichts ausmacht, wenn das dahinterstehende Potential an Gebrauchswertproduktion zunichte geht. Es macht einfach nichts, nirgends fehlt es an etwas, das nicht auch sonst gefehlt hätte.

Meine Erklärung: Hinter dem Kapital stehen gar keine Werte mehr, weil Arbeit keinen Wert mehr bildet, allenfalls einen rudimentären, der sie deshalb völlig fungibel macht.

Der Sandtransport zwischen Bremen und Bremerhaven ist ökonomische Realität geworden. Werttheoretisch gesprochen, ist das innere Band zerrissen, das die Produktionszweige über die Gebrauchswertseite technologisch zusammenhielt. Wert ist nur noch gesellschaftlicher Schein, dessen äußerste Konkretion im Fetisch Geld besteht.

Nun weiß auch ich, daß Marx selbst für die von mir geschilderten Krisen- und Krisenbewältigungssymptome Erklärungen gegeben hat, die an der Werttheorie festzuhalten gebieten. Das möchte ich jetzt nicht umständlich vorwegnehmen, sondern an die Diskussion mit Ihnen delegieren. Stattdessen möchte ich abkürzend ein Denkmodell präsentieren, das den »technologischen Riß des wertgesetzlichen Bandes von Produktion, Konsumtion und Verwertung« auf sozusagen logischer Ebene erklären soll und, – gemäß dem Titel meines Vortrags – lieber noch auf die heutige Theoriebildung eingehen.

Zu diesem Denkmodell: Es operiert mit den Extremen »Subsistenzwirtschaft« und »Vollautomation«. Subsistenzwirtschaft bedeutet, daß kein Surplus produziert werden kann, da alle Produzenten mit ihrer biologischen Reproduktion beschäftigt sind. Sie können nur sich selbst ernähren. Eine ungeschichtliche Abstraktion, gewiß, aber modellhaft zulässig. Vollautomation hingegen bedeutet das direkte Gegenteil, niemand muß mehr arbeiten. Das wäre ein Zustand, in dem nach Marx allerdings auch keine Expropriation möglich sein könnte: Wo kein v mehr ist, kann kein m mehr entstehen. Was nun logisch die Extreme verbindet, sind die Produktivkräfte resp. der Stand ihrer Entwicklung. Hinter ihrem Einsatz steht immer die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Wer nur Schuhe produziert, braucht einen, der seine Kartoffeln anbaut etc. Wer Männer braucht, um sie für sich Krieg führen oder Paläste bauen zu lassen,

muß sich davor hüten, jene zu rekrutieren, die die im Wortsinn reproduktionssichernde Arbeit in ausreichendem Umfang leisten. Wenn hundert Arbeitsfähige durch 80 Arbeiter ernährt werden können, dann heißt das mit definitiver wertgesetzlicher Logik, daß nicht 40 für den Sandtransport von Bremen nach Bremerhaven eingesetzt werden dürfen, ohne daß Mangel eintritt. Für die Mehrwertproduktion hat das entsprechende Konsequenzen. Bekanntlich schätzte Marx am Kapitalismus, daß dieser Akkumulation aus der Absicht betrieb, noch mehr Verwertung zu schaffen. Ergo verhält sich der Kapitalist nicht wie der nur konsumierende Feudalherr mit seinem stehenden Heer oder seinen Palastbauarbeitern. Der Kapitalist steckt seinen Profit wieder in die Produktion, er konsumiert nicht, sondern kauft c und v , um m zu erhalten. Somit ist der Kapitalist wertgesetzlich direkt in die Zirkulation verwickelt, seine Tätigkeit am Markt führt nicht, wie etwa die Schatzbildung, aus diesem heraus. Nun ja, bis es nicht mehr weitergeht, denn mit der Entwicklung der Produktivkräfte, die die beständige Erneuerung von c und v vorantreibt, schwindet das v und damit das m . Darin hat Marx das logische Ende der Verwertung sich ankündigen sehen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es darum noch lange nicht auch eine technologische Grenze der Produktivkraftentwicklung geben muß, jene Entwicklung, die von der Subsistenzwirtschaft zur Vollautomation führt oder führen könnte. Nehmen wir nun einmal an, auf dieser Entwicklungslinie wären Technik und Wissenschaft heute recht weit fortgeschritten. Was würde das für die Produktionsverhältnisse bedeuten? Aus logischer Sicht müßte das System der Verwertung unter dem »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« dramatische Krisensymptome zeigen und drastisch signalisieren, daß es in den letzten Zügen liegt. Werttheoretisch würde es umgekehrt bedeuten, daß die Werthaftigkeit der Waren, also der Wertausdruck von lebendiger Arbeit in ihnen, ebenso geschwunden ist wie die Profitaussichten. Was wäre aber, wenn die werttheoretische Entwertung der Arbeitskraft und dessen, was sie herstellt, die Bindung der ökonomisch Mächtigen und Potenten an die Gebrauchswertproduktion vollends gelöst hätte? Der Logik der Verwertung wären keine wertgesetzlichen Schranken mehr gesetzt, das Kapital hätte den Triumph über seine Fesseln errungen. Die ökonomische Logik wäre auf das Profitkalkül zusammengeschrumpft – und die Arbeitskraft vollends fungibel, ihr Einsatz für das Allerschlimmste und Alleridiotischste hätte keine rückwirkenden Folgen für die Verwertung, die im Wortsinn nur noch auf Geld und seinem Besitz basiert. Das Phantom des der Quelle aller Verwertung sich nicht mehr bewußten Kapitalisten hat Marx selbst in einer Fußnote beschrieben. Ich zitiere, und man beachte bitte die Wortwahl im Original: »So z.B. entzog er [der Geld machen wollte, ohne zu produzieren] 1844–1847 einen Teil seines Kapitals dem produktiven Geschäft, um es in Eisenbahnaktien zu verspekulieren. So, zur Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs, schloß er die Fabrik und warf die Fabrikarbeiter aufs Pflaster, um auf der Liverpooler Baumwollbörse zu spekulieren« (MEW Bd. 23, S. 206).

Zum Abschluß und als Entschädigung dafür, daß ich auf einem Denkmodell herumgeritten bin, möchte ich noch etwas Handfestes bieten, für das Marx den schönen Begriff der »Faux frais de production« übernommen und verwandt hat. Er bezeichnet in der frühen Nationalökonomie die unproduktiven Kosten der Produktion, vulgo Unkosten. Am Begriff selbst geht schon etwas auf: Betriebs- und Volkswirtschaftler

machen sich gerne über den umgangssprachlichen Gebrauch von Kosten als Unkosten lustig. Es gäbe nur Kosten. Sie bestreiten den intuitiv faßlichen Unterschied zwischen Kosten und Unkosten. Rechnerisch haben sie recht, denn kalkulatorisch sind auch die Unkosten Kosten. Aber: Es leuchtet auch ein, daß die Kosten für eine lebensrettende Herzoperation doch etwas anderes sind als die Unkosten für den Sandtransport nach Bremerhaven. Die Faux Frais sind den am Gebrauchswert, am wirklichen Nutzen interessierten Ökonomen ein Dorn im Auge. Die Kosten der Arbeitslosigkeit sind gesellschaftlich vielleicht auch etwas anderes als die Kosten der Arbeitskraft. Der wie gesagt altehrwürdige Begriff der Faux frais hat noch immer einen eminent kritischen Sinn.

Meines Wissens gibt es derzeit nur in der bürgerlichen ökonomischen Schule Theoretiker, die sich dafür interessieren. Sie haben einen anderen Begriff, aber unter diesen fassen sie die Wirklichkeit der Geldwirtschaft umso treffender: Sie sprechen von Transaktionskosten. Das sind Kosten, die einfach nur schon deshalb entstehen, weil Leute ins Geschäft kommen wollen. Es sind »die Betriebskosten der Wirtschaft«, in Wahrheit die Kosten, die die subjektive Ökonomie sich selbst verursacht. Ich möchte nur auf ein Beispiel hinweisen, das Williamson – soweit ich ihn richtig verstanden habe – wohl das wichtigste ist: die Monopolbildung. In seiner Heimat, den USA, sind Monopole gesetzlich verboten. Sie gelten als mindestens so wettbewerbschädigend wie sie dem Verwertungsinteresse naheliegen. Sie sollen unterbunden werden, um den Kapitalismus, die Konkurrenzwirtschaft vor sich selbst zu schützen. Wie löblich.

Williamson sagt nun, daß Monopole eine zutiefst ökonomische Funktion und darum Berechtigung haben. Sie schützen Investitionen vor im weitesten Sinne technologischen Risiken, die somit branchenspezifisch sind. Wer für 500 Millionen DM ein Kraftwerk baut, sollte ein Gebietsmonopol haben, das jeden zwingt, seinen Strom von ihm zu beziehen. Außerdem wäre es auch ein guter Schutz vor der Konkurrenz, wenn die Nutzung der Versorgungsleitungen monopolistisch geregelt werde. Williamsons Argumentation stößt an allen denkbaren Phänomenen hindurch auf die Wirklichkeit der Verwertung, die der subjektiven Vernunft folgt. Ein Zigarettenfabrikant möchte vielleicht lieber eine Tabakplantage selbst betreiben als von einem Zulieferer abhängig bleiben, der ihm die Preise diktiert, nachdem die teure Fabrik fertiggestellt wurde. Der Schutz, den die »ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« jedem bieten, hängt stets und immer mit der Macht zusammen, mit der Kontrakteure als Kontrahenten sich üblicherweise begegnen. Es gibt nach Williamson praktisch keine unschöne Erscheinung im Wirtschaftsleben, die nicht die Rationalität der von ihm so betitelten »ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« teilte.

Was ich an der Transaktionskostentheorie so außerordentlich bemerkenswert finde, ist die Darstellung der empirischen Basis der kapitalistischen Verwertung: die Praxis der Geschäftemacherei, die institutionalisierte Profitschneiderei. Ein winziger Schritt hindert Williamson, statt von Transaktionskosten gleich von Faux frais zu sprechen. Er zeichnet ein Bild vom »Überbau« – daher wohl der Begriff Institutionen –, das diesen als einen Moloch darstellt, der ungeheure Kosten verursacht und auch verursachen muß, weil die Regeln der subjektiven Ökonomie sich als kaum noch beschränkte Handlungsmaximen haben durchsetzen können. Und weit und breit ist keine Logik in Sicht, die dem Spuk der Geldwirtschaft ein Ende bereiten könnte.

Eine solche Logik bot einmal das Wertgesetz. Seit seiner technologischen Suspension fehlt das Korrektiv der Krise, die die eklatanten Widersprüche bis zu ihrem erneuten Wiederaufleben bereinigte. Was wir heute als Krise deuten, sind nur noch die Widersprüche, die sich zu verewigen drohen: Die Faux frais wachsen ins Unermeßliche an, aber – es macht nichts. Was könnte mit gerechtem Nutzen aus dem 95er Verlust von Daimler-Benz gemacht werden? Ungeheuer viel, nicht wahr? Aber wenn der Konzern diese Summe schlicht vernichtet – es macht auch nichts. Wir spüren es nicht einmal.

Anmerkung zum Text

Eike Pulpanek

*»Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr.«
Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 19*

I

Der Titel des Referats läßt erwarten, daß auf der Grundlage der Marxschen kritischen Theorie aktuelle Krisenphänomene der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft genauer untersucht werden, ein Versuch mithin, die objektiven ökonomischen Bewegungsgesetze in ihrer konkret historischen Gestalt zu begreifen.

Gleich zu Anfang jedoch verabschiedet der Referent die Marxsche Analyse, weil mittlerweile die »als grundlegend analysierten Strukturen der gesellschaftlichen Reproduktion ihren objektiven Charakter abstreifen konnten«. Nicht nur sei »das System der Verwertung (um seine) finalisierende Logik« gebracht, sondern auch Krisen, die laut Marx schon als nicht bestandsgefährdend eingestuft worden waren, seien heute entschärft. Der Widersprüche Zähmung schreibt der Referent nun nicht näher beleuchteten »Gangs und Rackets« zu, die er gänzlich unvermittelt, gleichsam als Externe, die Szene betreten und die Systeme beherrschen läßt. Diese »Gangster« entpuppen sich für Bremer als »eine Macht«, die jene »objektiven Strukturen zu manipulieren in der Lage ist«. »Jene objektiven Strukturen«, genauer die kapitalistischen Verwertungsbedingungen, seien deshalb nicht mehr in Geltung, weil sie bis jetzt noch nicht untergegangen sind. Marx habe das Ende »unmittelbar (Hervorh. E. P.) aus der Verwertungslogik« prognostiziert, das große Finale habe bisher nicht stattgefunden, seine Analyse sei hinfällig, »von determinierenden, objektiven Strukturen« sei nur noch »mit Komik« zu reden.

Hingegen dürfte es schwerfallen, aus dem Marxschen Original solch einen Determinismus oder gar eine *unmittelbare* Zusammenbruchslogik zu exegieren. Immerhin legte Marx sehr viel Wert auf ein revolutionäres historisches Subjekt, statt darauf zu setzen, daß »das System« schon automatisch abdankt.

Ich will an dieser Stelle eine längere Passage aus den Grundrissen zitieren, die vordergründig betrachtet, die behauptete Endzeitprognose stützen könnte, aber eben nur vordergründig!

»Über einen gewissen Punkt hinaus wird die Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke für das Kapital, also das Kapitalverhältnis eine Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit. Auf diesem Punkt angelangt, tritt das Kapital, d.h. Lohnarbeit, in dasselbe Verhältnis zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der Produktivkräfte, wie Zunftwesen, Leibeigenschaft, Sklaverei, und wird als Fessel notwendig abgestreift. Die letzte Knechtsgestalt, die die menschliche

Tätigkeit annimmt, die der Lohnarbeit auf der einen, des Kapitals auf der anderen Seite, wird damit abgehäutet, und diese Abhäutung selbst ist das Resultat der dem Kapital entsprechenden Produktionsweise, die materiellen und geistigen Bedingungen der Negation der Lohnarbeit und des Kapitals, die selbst schon die Negation früherer Formen der unfreien gesellschaftlichen Produktion sind, sind selbst Resultate seines Produktionsprozesses ... worin ihm advice gegeben wird to be gone and to give room to a higher state of social production« (GR, S. 635 f.).

Von einer »finalisierenden Logik« ist hier nicht die Rede, vielmehr davon, daß auch die kapitalistische Wirtschaftsweise eine historische ist, und somit veränderbar, und daß mit dem entwickelten Kapitalismus objektiv die Voraussetzungen geschaffen sind, um die »letzte Knechtsgestalt« einer unfreien Gesellschaft abzustreifen. Das geschieht keineswegs automatisch, sondern muß von den lebendigen Subjekten aktiv ins Werk gesetzt werden. Es ist das Verdienst der Marxschen Analyse, sowohl historisch die Genese als auch systematisch die objektiven Bewegungsgesetze des Kapitalismus herausgearbeitet zu haben. Erst auf dieser Grundlage werden die sich ständig reproduzierenden Widersprüche mitsamt den sie ausdrückenden Krisen begreifbar.

Als geschichtliche Gesellschaftsformation kann der Kapitalismus keinen Ewigkeitscharakter haben, jedoch ebensowenig ein vorhersehbares »definitives Ende«. Die chaotische Inszenierung kann eher schon als andauerndes Finale denn als finaler Akt vorgestellt werden. Zwar mag die Geduld des Referenten am Ende sein, der Kapitalismus ist es offensichtlich nicht; wie Hegels Weltgeist hat auch er keine Eile. Zu überlegen wäre allerdings, wie ihm Beine gemacht werden könnten, dazu darf man aber nicht blind dafür werden, was ihn nach wie vor in Gang hält. Statt erstaunt allerlei Bewegungen zu registrieren, wäre ihr objektiver ökonomischer Kern freizulegen. Denn »Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert »noch« möglich sind, ... steht nicht am Anfang einer Erkenntnis ...«¹ Eine Erkenntnis wird m.E. nach jedoch nicht angebahnt, wenn der Referent im folgenden lediglich feststellt, »daß ökonomische Krisen nach Ursache und Wirkung sich verändert haben«, um daraufhin das theoretische Versagen »der politischen Linken«, die sich nur noch um Atomkraftwerke und Schimmelpilze kümmern, zu geißeln. Abgesehen davon, daß die politische Relevanz der Anti-AKW-Bewegung gänzlich anders zu bewerten wäre als die Bewegung »Grüner Punkt«, tragen diese Ausführungen nichts zur Erhellung heutiger ökonomischer Krisenphänome und deren Folgen bei. Der Referent nimmt seine Überlegungen zur Wirtschaft wieder auf, indem er wissen läßt, daß »zwischen evidenten gesellschaftlichen Widersprüchen und Krisen« zu unterscheiden sei und dieser Unterschied in »substantiellen Theorien« erschlossen werden müßte. Die bürgerlichen Ökonomen sieht er nicht im Besitz derselben, weshalb er auf die Marxsche Krisentheorie zurückgreift, denn nur hier wäre verbindliche Antwort auf die Frage zu erhalten, »woher der Wert stammt ..., nämlich aus Arbeit ...« Tatsächlich verdankt sich diese bahnbrechende Einsicht keineswegs Marx, sondern den Vätern der klassischen bürgerlichen Ökonomie, allen voran den Physiokraten, in deren Gefolge dann Smith und Ricardo, die als Substanz des Werts bereits die Arbeit erkannten. Die Frage, die sie mit ihrer Arbeitswertlehre nicht beantworten konnten, war vielmehr die, woher der *Mehrwert* stammt, und hierüber gab eben die Analyse des Wertgesetzes in Marxscher Fassung präzise Aufschluß². An dieser Stelle des

Referats scheint das Wertgesetz jedenfalls noch (besser: wieder) in Kraft, denn die »arbeitenden Menschen« (genauer wohl: die lohnarbeitenden Menschen) werden weiterhin als Bedingung der Kapitalverwertung angenommen.

Unter kapitalistischen Bedingungen, so fährt der Referent fort, kann Arbeitskraft aber nur zusammen mit c (Kapital in Form von Arbeitsmitteln, Rohstoffen etc.) produktiv verausgabt werden. Dieser Zusammenhang soll zwar im Referat zunächst nicht weiter vertieft werden, ich möchte aber zumindest darauf hinweisen, daß der Wert eines Produkts in der Marxschen Analyse anders bestimmt wird, als der Referent es hier tut.³

Mir bleibt unklar, in welchem systematischen Zusammenhang R. Bremer nun die Begriffe Wertprodukt, Tauschwert und Gebrauchswert benutzt, um zu einem neuen Thema, dem »eigentlichen Skandal der Arbeitslosigkeit« überzuleiten (ebd.).

Der »Skandal« wird unter drei Spiegelstrichen vom Referenten näher erläutert. Bündig erklärt er, daß für eine schöne neue Produktionsordnung doch eigentlich alles vorhanden sei, Produktivkräfte, Arbeitskräfte und Bedürfnisse, die nur in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden müßten, um den Mangel zu beseitigen. Mir scheint, daß er da gelandet ist, wo er vorher noch die bürgerlichen Ökonomen sich im Kreise drehen sah. Das Wertgesetz ist jedenfalls an dieser Stelle wieder verabschiedet. Schuld an dem schlechten Ganzen sind einzig »die Mächte«, weil sie – statt endlich den Überfluß – doch nur wieder den Mangel verteilen. Der Kapitalismus reduziert sich mithin auf ein Verteilungsproblem. Es wird nahegelegt, daß alles so bleiben könne, wie es ist, wenn nur gerechter verteilt würde. Die geschilderten Phänomene bleiben im Referat letztlich unerklärt, einer theoretisch fundierten Analyse werden sie nicht unterzogen.

Alles scheint einfach nur noch empörend. Zwar ist die Idee einer menschenwürdigeren Gesellschaft ein notwendig moralisch begründeter Anspruch, aber von dieser menschenwürdigeren Gesellschaft ist nur zu reden in *bestimmter* Kritik der realen unwürdigen Verhältnisse. R. Bremer beläßt es hingegen bei Illustrationen, eine Kritik wird nicht entfaltet. So passieren ihm immer wieder folgenreiche Ungenauigkeiten. Wenn er z.B. unter seinem ersten Spiegelstrich behauptet, Gleiches würde nicht getauscht, sondern im Tausch Ungleiches gleich gesetzt, so ist das nur die halbe Wahrheit.

Denn daß beim Tausch alles mit rechten Dingen zugeht und auch wieder nicht, bedeutet zunächst, daß auf dem Markt sehr wohl das Prinzip des Äquivalententausches gilt. Tauschwert gegen Tauschwert – und zwar im gleichen Verhältnis – das Maß ist die im jeweiligen Produkt enthaltene einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit. Von der Wertseite her wird in der Zirkulation sehr wohl Gleiches gegen Gleiches getauscht. Der Witz ist aber – und dazu braucht man eben die Einsicht in das Marxsche Wertgesetz –, daß es eine spezifische Ware gibt, die zwar auf dem Markt auch gemäß ihrem Wert gekauft wird, die aber als lebendige Arbeitskraft, vom Kapitalisten in seinem Produktionsprozeß angewandt, mehr Wert herstellt als sie selbst Wert ist; diesen Mehrwert eignet sich der Käufer kostenlos an. Und nur dieser Mehrwert ist die Voraussetzung für das, worum es bei der ganzen kapitalistischen Veranstaltung geht: Verwertung des Kapitals. Die Gebrauchswertseite ist ein notwendiges Übel aus kapitalistischer Sicht und nur als Ausdruck ihres Gegenteils relevant.

Was sich schon darin zeigt, daß die Bedürfnisse nur als zahlungsfähige überhaupt eine Rolle spielen, weil sich zum Gelingen der Verwertung einzig der Tauschwert realisieren muß. Indem der Referent das nicht mehr entwickelt, kommt er zur Hypostasierung des Gebrauchswerts, was weiter unten besonders deutlich wird, worauf ich noch eingehen werde.

In den Ausführungen unter den Spiegelstrichen verweist der Referent unvermittelt auf Kapital/Boden/Arbeit. Diese Kategorien werden von bürgerlichen Ökonomen als gerechte Anweisungen am Gesamtwert des Produzierten für die verschiedenen Personengruppen ideologisiert. Sie dienen zur Mystifizierung der realen Ausbeutungsverhältnisse, weshalb Marx sie ironisch als ›trinitarische Formel‹ oder als ›heilige Trinität‹ bezeichnet. Mir wird nicht deutlich, warum sie im Referat zur Erklärung der aktuellen Arbeitslosigkeit herangezogen werden.

Man kann den Kapitalismus für einen Skandal halten, kritische Theorie dürfte hingegen nicht dabei stehenbleiben, sondern müßte entlang der Krisenphänomene seine objektiven Bewegungsgesetze herausarbeiten, um wenigstens theoretisch die scheinbare Hermetik des Systems aufzusprengen. Der Referent beläßt es hingegen immer wieder bei der bloßen Aufzählung verschiedener Krisenerscheinungen, so auch wenn er im folgenden recht unvermittelt die Staatsausgaben anführt, die in produktive und unproduktive aufgeteilt werden, ohne jedoch diese ökonomischen Kategorien genau zu entwickeln. Gerade sie gaben aber immer wieder auch in der marxistisch inspirierten Diskussion Anlaß für erhebliche Verwirrung. Der Referent verwendet diese Begriffe dann auch nicht als ökonomische, sondern so, wie sie dem »common sense« sich darstellen. Panzer sind bei ihm nicht produktiv, weil sie Tomaten transportieren – als könnten Panzer als bloße Dinge überhaupt produktiv sein (er sieht hier nur wieder die Gebrauchswertseite). Lehrer seien auch nicht produktiv, weil sie nur konsumierten. Es ist zwar richtig, daß Lehrer nicht produktiv sind, aber nur, sofern sie beim Staat beschäftigt sind, trifft das zu, mit ihrem Konsum hat das gar nichts zu tun.

»Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient. Steht es frei, ein Beispiel außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion zu wählen, so ist ein Schulmeister produktiver Arbeiter, wenn er nicht nur Kinderköpfe bearbeitet, sondern sich selbst abarbeitet zur Bereicherung des Unternehmers. Daß letzterer sein Kapital in einer Lernfabrik angelegt hat, statt in einer Wurstfabrik, ändert nichts an dem *Verhältnis* (Hervorhebung E.P.)«. ⁴

Unter kapitalistischen Bedingungen ist Arbeit dann produktiv, wenn sie in bestimmter gesellschaftlicher Form verausgabt wird, nämlich als wertbildende sich austauscht gegen Kapital. Das ist ganz unabhängig von ihrer konkreten Nützlichkeit.

Daß und wenn wie die Staatsverschuldung mit der Frage zusammenhängt, ob das Wertgesetz heute noch Gültigkeit habe, wird vom Referenten nicht weiter erläutert. Nach verschiedenen anekdotenhaften Ausführungen, formuliert er seine zentrale These: »Hinter dem Kapital stehen gar keine Werte mehr, weil Arbeit keinen Wert mehr bildet«. Somit, so könnte man schließen, wäre der Skandal beendet, das Kapital hätte aufgehört zu existieren. Weil bei R. Bremer »die Werte« aber nur »hinter« dem Kapital standen, ihm nicht als Substanz innewohnen, konnte er sie separat und unemerkt verschwinden lassen. Hingegen führt das Kapital sein un-wertes Leben munter

weiter, unklar bleibt, auf welcher Basis das möglich ist. Als Beleg für die nunmehr wertelose Gesellschaft werden die Verluste eines großen Einzelkonzerns angeführt. Wenn eine Firma 5,4 Mrd. in den Sand setzen kann, ohne Pleite zu gehen, und der Weltöffentlichkeit »das dahinterstehende Potential an Gebrauchswerteproduktion« nicht einmal fehle, dann können wohl nur noch »die Mächte« der unerklärlichen Art am Werk sein, keineswegs mehr das schlechte alte Kapital mit seinen vielen Gebrauchswerten.

Was aber ist wirklich geschehen? – Ein Einzelkapital hat den Tauschwert der von ihm produzierten Waren auf dem Markt nicht realisieren können, ein relativ gewöhnlicher Vorgang innerhalb gegebener Produktions- und Zirkulationsverhältnisse. Mercedes produzierte seine Autos ja nicht für den Bedarf, sondern für den Profit. Diesen muß Daimler insgesamt aber immer noch in großer Höhe erreichen können, sonst wäre das Unternehmen wohl tatsächlich aus der Konkurrenz ausgeschieden. Dem Kapitalismus hätte das nichts ausgemacht und dem Großteil der Weltbevölkerung auch nicht, bis auf die »freigesetzten« Arbeiter natürlich. Diesen allerdings hat auch schon als Nicht-Arbeitslosen das »riesige Potential an Gebrauchswerten«, das sie selbst hergestellt haben, insofern nicht gefehlt, als sie es sich ohnehin nicht leisten konnten, denn der Tauschwert ihrer Arbeitskraft verhielt sich unproportional zu dem Tauschwert ihrer Produkte. Da am Markt aber nur Äquivalent gegen Äquivalent austauschbar ist, bleibt ein 100000 DM-Auto (trotz Rabatt) eben außerhalb ihrer Reich-respektive Tauschweite. R. Bremer sieht hier »schlicht Überproduktion«, aber der Begriff habe nun »eine völlig neue Bedeutung«, und zwar, so Bremer, »in bezug auf die Gebrauchswertseite der in der Krise vernichteten Produktion«. Das unterstellt aber erstens, daß die Gebrauchswertseite kapitalistisch produzierter Waren eigenständig, also ohne ihre Tauschwertseite betrachtet werden könne und zweitens, daß im Kapitalismus eine Art prästabilisierte Harmonie herrsche, die automatisch das zu viel und zu wenig Produzierte der verschiedenen Einzelunternehmen proportioniere. Der Referent stützt sich dabei vermeintlich auf Marx und das Wertgesetz. Mit beiden hat sein Konstrukt jedoch gar nichts zu tun. Eher schon mit der »Implikation der klassischen Theorie« der bürgerlichen Ökonomen, deren »invisible hand« hier im Spiel zu sein scheint. Wenn der Referent »schlicht von Überproduktion« redet, so ist auf deren Marxsche Analyse zu verweisen. Marx kritisierte an den Bürger-Ökonomen (z.B. MacCulloch, Mill, Ricardo), daß sie die »allgemeine Überproduktion« leugneten oder gar nicht begriffen hätten. Gerade von ihren spezifischen Eigenschaften würden sie absehen und sie lediglich »als einfache Produktion für den unmittelbaren Gebrauchswert« auffassen (Vgl. GR 314 f.). Von den wesentlichen Verhältnissen würde damit aber gerade abgesehen. »Der ganze Streit, ob *Überproduktion* möglich und notwendig auf dem Standpunkt des Kapitals, dreht sich darum, (ob der Verwertungsprozeß des Kapitals in der Produktion unmittelbar seine Verwertung in der Zirkulation setzt;) ... ob seine im *Produktionsprozeß* gesetzte Verwertung seine reale Verwertung ist« (GR 314).

Marx kritisiert weiter die Vorstellung, nach der Überproduktion einer bestimmten Ware entsprechend Unterproduktion einer anderen bedingen müßte, das genau ist Bremers These, das ist aber nur eine ökonomische Phantasie. Denn die Zufuhr ist Maß ihrer eigenen Nachfrage nur im Sinne ihres *Werts*, also Tauschwerts, ausge-

drückt in einer bestimmten Menge vergegenständlichter Arbeit. Realisiert wird dieser Wert nur im Austausch mit *Geld*, und als Tauschwert ist er gebunden an seinen Träger, den Gebrauchswert. Von der Gebrauchswertseite her ist die Zufuhr aber abhängig von dem Quantum vorhandener Bedürfnisse. Für den Gebrauchswert ist also ein anderer Maßstab gültig als für den Tauschwert (vgl. GR 315). Es würde »vergessen, daß das, was das Produzierende Kapital verlangt, nicht ein bestimmter Gebrauchswert ist, sondern *Wert* für sich, also Geld ..., Form der Realisierung des Kapitals« (ebd.). Bremer begreift Überproduktion 1. als Phänomen einzelner Kapitale und 2. nur nach der Gebrauchswertseite hin. Er sieht Überproduktion nicht als *allgemeine*, als Tendenz des Gesamtkapitals, zu der es kommen muß, weil Produktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals eben nicht *unmittelbar* zusammenfallen. Was widersprüchlich zusammengehört, reißt Bremer einfach auseinander: Tauschwert und Gebrauchswert. Der Zweck der Produktion ist ausschließlich der Tauschwert, als solcher ist er völlig gleichgültig gegen jede bestimmte Form des Gebrauchswerts. Bremer stellt Produktion und Konsumtion einfach gegenüber, hypostasiert den Gebrauchswert, abstrahiert völlig vom Verwertungsmoment und setzt somit eine Produktion auf nicht-kapitalistischer Basis voraus (vgl. GR 316). »Endlich: *proportionate production* (...) bloß wenn die Tendenz des Kapitals sich in richtigen Proportionen zu verteilen, so ebensosehr seine notwendige Tendenz – da es Surplusarbeit maßlos anstrebt, Surplusproduktivität, Surpluskonsum etc. – über die Proportion hinauszutreiben« (ebd.). Eine entstandene Proportion wird also immer wieder aufgehoben durch die Entwicklung der Produktivkräfte und das Schaffen von Mehrwerten. So werden über die Konkurrenz vermittelt zwar alle Branchen gezwungen, ihre Produktivkräfte zu erweitern, das geschieht aber nicht überall gleichzeitig und proportional. »Das Kapital ist ebensosehr das beständige Setzen als Aufheben der *Proportionate Production*« (GR 317). Die Proportionalität von Unter- und Überproduktion, die Bremer nun nicht mehr gewährleistet sieht, gab es unter kapitalistischen Verhältnissen noch nie, weshalb es schwer fällt, hierin ausgerechnet einen Beweis für das Verschwinden »der Werte« zu sehen. Angesichts der Milliarden-Verluste bei Daimler fällt der Referent gleich »in zweifaches Erstaunen«, wo doch nur einmal richtig über den Doppelcharakter der Waren nachzudenken wäre: Als Wert haben sie ihre Schranke an der fremden Produktion, als Gebrauchswert an der fremden Konsumtion, ihr Doppelcharakter birgt auch ein doppeltes, widersprüchliches Maß: Einerseits die Größe der Gesamtbedürfnisse für dieses besondere Produkt, andererseits die Menge der in ihnen verkörperten Arbeit, der auf dem Markt ein entsprechendes Wertäquivalent gegenübertreten muß.

»Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivität der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft, noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert« (K III, S. 222).

Die Tendenz des Kapitals, einerseits ständig »disposable time zu schaffen [also notwendige Arbeitszeit zu reduzieren, E.P.], *andererseits to convert it into surplus labour*«, treibt es notwendig in Krisen. Wenn ihm nämlich ersteres zu gut gelingt, »so leidet es an Surplusproduktion und dann wird die notwendige Arbeit unterbrochen, weil *keine surplus labour vom Kapital* verwertet werden kann« (GR 596). Seine allgemeine Tendenz, über alle Schranken hinauszutreiben, widerspricht seinen besonderen Beschränkungen in der Produktion selbst. Dieser Widerspruch ist die Grundlage der *Überproduktion*. Wenn man aber vergißt, daß das Kapital »in demselben Moment Setzen und Nichtsetzen der notwendigen Arbeit (ist, weil es nur ist) ..., insofern sie ist und zugleich nicht ist« (GR 304), kann man auch seine Überproduktion nicht fassen. Sie ist als Tendenz, unabhängig von jeder Bestimmtheit der Gebrauchswerte, im Kapitalverhältnis selbst gesetzt. Es muß also zu Krisen kommen, die dieses gestörte Gleichgewicht zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertungsbedingungen immer wieder gewaltsam herstellen, für den Augenblick ... »In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung« (GR 635 f.).

Ähnlich auch Friedrich Pollock: »Der Prozeß der ›Reinigung‹, d.h. einer Austilgung der ›Disproportionalitäten‹ durch wertmässige oder physische Vernichtung eines Teils der Produktionsmittel und Produkte ist im Gange. Damit entsteht allmählich ein neues Gleichgewicht ...«

Daß die kapitalistische Vernunft keine vernünftige ist, dafür mag u.a. auch Daimler und seine Verluste stehen, als Beleg für die Aufhebung des Wertgesetzes taugen sie nicht. Bremer sieht »das innere Band zerrissen, das die Produktionszweige über die Gebrauchswertseite technologisch zusammenhielt«, die Produktionszweige werden aber ganz äußerlich, nämlich über die Konkurrenz, zusammengehalten, diese ist allerdings Erscheinungsform der innersten Natur des Kapitals, »die innere Tendenz als äußerliche Notwendigkeit« (GR 317). Der Zweck dieses ständigen »*Marche, marche*« ist aber die Produktion von Mehrwert, und nicht das Herstellen von Gebrauchswerten. Seitdem zwischen Bremen und Bremerhaven Sand transportiert wird, scheint für den Referenten alles keinen Wert mehr zu haben, »Wert ist [ihm, E.P.] nur noch gesellschaftlicher Schein«, in Schall und Rauch löst er sich allerdings auch bei R. Bremer nicht auf, im Gegenteil, er darf nicht nur konkreten, sondern sogar »konkretesten Ausdruck im Geld« finden. Ganz wie die bürgerlichen Ökonomen pocht der Referent »auf den Schein gegen das Gesetz der Erscheinung« (K I, S. 321).

Das Wertgesetz ist an dieser Stelle endgültig entsorgt. In einem nächsten Abschnitt soll nun auf »die heutige Theoriebildung« eingegangen werden. Vorher stellt der Referent aber noch ein Denkmodell vor, das die Zerrissenheit von Produktion, Konsumtion und Verwertung erklären soll. Modellhaft werden zwei Extreme gegenübergestellt, zwischen denen die Produktivkräfte vermitteln. Begonnen wird mit der Subsistenzwirtschaft, die als Gemeinschaft von Individuen vorgestellt wird, die noch keine Surplusproduktion kennen, sondern ausschließlich »mit ihrer biologischen Reproduktion beschäftigt sind«. Produzenten im ökonomischen Sinne kann es somit gar nicht gegeben haben, also auch keine Wirtschaft und wohl auch keine Subsistenz,

die Vermehrung hätte schnell zu einem Ende finden müssen – uns wäre der ganze kapitalistische Skandal erspart geblieben. Im Denkmodell entwickeln sich die Produktivkräfte aber trotzdem bis zur Vollautomation. Hier endlich wäre möglich, was unseren Vorfahren bereits unterstellt wurde, daß die Menschen sich beispielsweise den ganzen Tag lang um die biologische Reproduktion kümmern, die Produktion dessen, was sonst noch so nötig ist, würden allein die Maschinen übernehmen. Die Ausbeutung wäre endlich abgeschafft. (Bremer schreibt zwar ›Expropriation‹, aber ich gehe davon aus, daß er Exploitation meinte, denn die Enteignung der unmittelbaren Produzenten ist strenggenommen nicht recht möglich, das Produkt ihrer Arbeit gehört ihnen ja von Anfang an nicht, also kann man es ihnen auch nicht wegnehmen.) Wo kein v, da auch kein m. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die schließlich zum anderen Extrem des Denkmodells, der Vollautomation führte, könnte Bedingung der Möglichkeit einer ausbeutungsfreien Gesellschaft sein. Die Verhältnisse, so verstehe ich den Referenten, sind aber real weit davon entfernt, jedoch nicht etwa, weil sie weiterhin unter der Logik des kapitalistischen Wertgesetzes stehen würden, denn dieses sieht der Referent ja nicht mehr in Kraft. Offensichtlich um dies nachzuweisen, stellt er eine Rechnung auf: »Wenn hundert Arbeitsfähige durch 80 Arbeiter ernährt werden können, dann heißt das, daß nicht 40 für den Sandtransport von Bremen nach Bremerhaven eingesetzt werden dürfen, ohne daß Mangel eintritt.« Der Referent gibt hier keine Information darüber, unter welchen Produktionsbedingungen diese Annahmen gemacht werden, aus dem Sandtransport kann man aber schließen, daß weder Sklavenhaltergesellschaft noch Feudalismus gemeint sein können, denn Bremerhaven gab es damals ganz definitiv noch nicht. Logisch gedacht, ist das Szenario im Kapitalismus angesiedelt. Was passiert unter dieser Voraussetzung also, wenn 40 Arbeiter – für was auch immer – abgezogen oder rausgeschmissen werden? Die verbleibenden 40 müßten das leisten, was bisher die 80 leisteten, mithin der klassische kapitalistische Fall von Rationalisierung respektive Produktivkraftentwicklung (oder relative Mehrwertproduktion). Diese Entwicklung wäre aus dem Wertgesetz ziemlich einfach zu erschließen, die verbleibenden 40 Arbeiter würden genau so viel m produzieren wie vorher die 80, das Verhältnis v:m hätte sich zugunsten von m verschoben. Die 40 abgezogenen Arbeiter könnten indes für den Transportunternehmer ebenfalls das tun, wozu sie eingestellt wurden, Mehrwert produzieren. Von der Wertseite her würde also nirgendwo Mangel eintreten, im Gegenteil. Allerdings ist damit ebenso klar, daß die unter dem Wertgesetz stattfindende Produktion für eine ungeheure Anzahl von Menschen weiterhin den Mangel selbst am Nötigsten reproduzierte. Darum schätzte Marx, entgegen R. Bremers Behauptung, am Kapitalismus keineswegs dessen Verwertungshunger, sondern seinen – historisch betrachtet – zivilisatorischen Einfluß, der es durch die rasante Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte, über enge lokale und nationale Schranken, über Naturidolatrie und Vorurteile hinauszutreiben – kurz, dessen Universalität, die aber im Bann des Wertgesetzes eben Grenzen an seiner eigenen Natur findet, weshalb ständige Widersprüche und Krisen diese Produktionsweise kennzeichnen⁵. Langfristig treibe, so Marx, diese bornierte Weise des Produzierens einzig für die Verwertung des Werts aufgrund der eigenen Dialektik über sich selbst hinaus. Das äußere sich in der *Tendenz* einer fallenden Profitrate. Hier fährt nun auch Bremer fort, für ihn ist der ten-

denzielle Fall aber schon real geworden. Er sieht aufgrund der ständig wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals den variablen Teil desselben im Verhältnis zum konstanten (c) schon soweit reduziert, daß praktisch kein Mehrwert mehr produziert werden könne, darum müsse (der Kapitalismus) »unter dem ›Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate‹ dramatische Krisensymptome zeigen und drastisch signalisieren, daß (er) in den letzten Zügen« liege. Real erlebt er aber gerade sowohl ökonomisch als auch politisch eine ungeahnte Blüte, die Profite in entscheidenden Branchen erreichen Rekordhöhe. Zwar sind die Krisensymptome nicht zu übersehen, gerade erst wurde z.B. für die Bundesrepublik der höchste Arbeitslosenstand seit ihrem Bestehen vermeldet, aber gerade deshalb – so Bremer – könne das Wertgesetz ja wohl kaum noch in Kraft sein. Darum wäre die Frage, ob der Kapitalismus bereits »über einen gewissen Punkt hinaus ... eine Schranke für das Kapital« (GR 635 f.) geworden ist, diese Schranke ihn in Wirklichkeit aber keineswegs beschränkt oder gar aufhebt, womit zwar das Wertgesetz, nicht aber der Kapitalismus überwunden wäre. Es wäre m.E. nach nun eben realanalytisch an den aktuellen Krisensymptomen nachzuweisen, ob – um es vereinfacht zu sagen – Profite erwirtschaftet werden können, ohne daß Mehrwert produziert wird. Der Referent weckt die Erwartung, sich mit seinem Beitrag dieser anspruchsvollen Aufgabe ein wenig genauer zu widmen. Da er aber die Marxsche Werttheorie nicht in ihrer Dialektik entfaltet, sie vielmehr nur als logisches Definitivum faßt, durch die von ihm vorgenommene Entkoppelung von Gebrauchswert und Tauschwert außerdem bei den Aporien der bürgerlichen Ökonomie landen muß, sind wir am Ende um keine Erkenntnis reicher geworden. So hat er völlig ausgeblendet, was Marx zu seiner eigenen Zeit als entgegenwirkende Ursachen zum Fall der Profitrate analysierte. Es wäre zu untersuchen gewesen, ob z.B. die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeit als eine dieser Entgegenwirkungen ausgeschöpft ist, welchen Stellenwert heute das Drücken des Arbeitslohns unter seinen Wert hat (z.B. in Ländern des ehemaligen Real-Sozialismus oder auch in Teilen der Dritten Welt), welche Rolle die Zunahme des Aktienkapitals als von Marx seinerzeit ebenfalls benannte entgegenwirkende Ursache heute noch spielen kann, aber vor allem wäre es interessant gewesen, sich Sektoren zuzuwenden, die gemeinhin als »Dienstleistung« bezeichnet werden, längst aber als eigene Branchen kapitalistischer Warenproduktion zu begreifen wären, die mit relativ niedrigem c-Anteil eine Menge v brauchen. Um hier klarer zu sehen, wäre beispielsweise die genaue Bestimmung von produktiver und unproduktiver Arbeit notwendig gewesen. Denn Bremer geht offensichtlich mit seiner Hypostasierung der Gebrauchswertseite davon aus, »daß der Mehrwert sich in einem materiellen Produkt ausdrücken« müsse; diese Vorstellung kritisiert Marx als »rohe, noch bei A. Smith vorkommende Anschauung. Schauspieler sind produktive Arbeiter, nicht sofern sie das Schauspiel produzieren, sondern increase their employer's wealth. ... in welcher Form die Arbeit sich materialisiert, ist absolut gleichgültig für *dies Verhältnis*«. (In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal auf das Schulmeister-Zitat weiter oben in diesem Text verwiesen.) Wesentlich ist also nicht die Form der Arbeit als materialisiertes Produkt, sondern die Form, die Art und Weise, wie sie verausgabt wird. Im Wertgesetz werden somit die Verhältnisse sichtbar, unter denen allein wertbildende Arbeit stattfinden kann, das konkrete, nützliche Ding, das Produkt als solches gibt den Blick auf diese Verhältnisse nicht mehr

frei, der »Schein schiebt sich eben vor das Gesetz der Erscheinung«, nicht umsonst beginnt das »Kapital« deshalb mit dem Kapitel über die Waren, um die Mystifikationen der kapitalistischen Oberflächenphänomene zu entzaubern.

Jedenfalls verläßt der Referent den Boden der »substanziellen Theorie«, statt im Durchgang durch sie zum Begreifen aktueller Krisen vorzudringen. Ohne theoretisches Fundament können aber die verschiedenen Ereignisse und Phänomene, seien es Firmenverluste, technologische Entwicklungen, Geldwirtschaft, Staatstätigkeit oder Transaktionskosten, nur noch als Bewegungen der Oberfläche wahrgenommen werden, vor denen man staunend empört verharret, ohne noch das sie Bewegende verstehen zu können. Wenn R. Bremer durch den »technologischen Riß« und die Lösung »der ökonomisch Mächtigen und Potenten von der Gebrauchswertseite« eine ganz neue Qualität der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeleitet und erschreckt die »ökonomische Logik ... auf das Profitkalkül zusammengeschrumpft« sieht mit der Folge, daß die fungiblen Arbeitskräfte nun für »das Allerschlimmste und Alleridiotischste« einsetzbar wären, und es nicht einmal bemerkt würde, dann beschreibt er als neu, was tatsächlich von Beginn an der ganz normale Wahnsinn des Kapitalismus war und sich mit dessen universeller Entwicklung eben auf stets erweiterter Stufe reproduziert. »Die Bindung der ökonomisch Mächtigen und Potenten an die Gebrauchswertproduktion« hat für das Kapitalverhältnis nie eine Rolle gespielt, zumindest nicht im ökonomischen Sinne. Deren persönliche Bindungen waren ihre Privatsache – im übrigen weiß ich auch nicht, wo die Lösung der verschiedenen Gruppen der Kapitalistenklasse von der Gebrauchswertseite der Produkte auszumachen wären. Es ist nirgendwo zu beobachten, daß diese Leute nur noch von Luft und Liebe leben, sondern bevorzugt in großartigen Häusern umgeben von allerlei realen Produkten der gehobenen Art, die doch wohl für sie einen Gebrauchswert haben, und sei es als Luxus. Die ökonomische Logik des Kapitalismus bestand von Anfang an nur im Profitemachen, als notwendiges Übel mußten die Tauschwerte darum immer auch einen Gebrauchswert mitschleppen, welchen auch immer. Der Stellenwert, den der Gebrauchswert für den jeweiligen Endverbraucher hat, berührt das ökonomische Verhältnis überhaupt nicht. Diese Konsumtion ist eine ganz andere als diejenige, die in der Produktion oder für diese unmittelbar selbst stattfindet.

Die völlige Fungibilität der Arbeitskraft, die der Referent als Novum ausmacht, war ebenfalls von Beginn an mit dem Kapital gesetzt, immer schon ging es um »den Wechsel der Arbeit«, »Fluß der Funktionen, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters« und die »absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse« (K I, S.512). Die Reflexion darauf ist gerade für sich kritisch verstehende Pädagogen wesentlich, um die sich verändernden Anforderungen und Ansprüche an Ausbildung und Qualifikation einschätzen zu können.

II

Die Herstellung des »Alleridiotischsten« dürfte ebenfalls kaum Beleg für eine grundsätzlich neue Qualität des Wirtschaftens sein. Wenn damit Profit zu machen war, wurde es immer schon produziert. Wenn hier auch der Gesamtbedarf der Gesellschaft ein gewisses Korrektiv sein mag – eben wegen der unauflöslichen Bindung der

Gebrauchswerte an die Tauschwerte – so wird das «Allerschlimmste» keineswegs dadurch verhindert, schließlich werden auch die Bedürfnisse vom Kapitalismus mitproduziert. In der Mitte des vorigen Jahrhundert schrieb die englische Zeitung »Quarterly Review« bereits: »Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es (das Kapital, E.P.) sie beide encouragieren ...« (zit. nach Marx, K I, S. 801, Fußnote 250). Das hat es in der nachfolgenden Geschichte reichlich häufig in furchtbarem Umfang getan. Den Einsatz der Arbeitskraft für das Allerschlimmste und die Logik des Profitkalküls z.B. bei der IG Farben kann man nach dem deutschen Faschismus nun wahrlich nicht mehr als etwas bezeichnen, was erst noch auf uns zukommen würde. Das Allerschlimmste ist gerade nicht ohne Rückwirkung auf die Verwertung, um ihretwillen wird es ja betrieben. »... Verwertung, die im Wortsinn nur noch auf Geld und seinem Besitz basiert«, wie es im Referat heißt, kann es rein logisch gar nicht geben. Würden Geld und Besitz nur als solche und nicht als Kapital existieren, wären beide doch je nach Umfang einfach irgendwann verbraucht, würden sie sich gerade nicht mehr verwerten.

Das vom Referenten angeführte Marx-Zitat bezeugt gerade nicht die von ihm behauptete Entwertungsthese. Denn daß ein Einzelkapitalist aufhört zu produzieren, um an der Börse zu spekulieren hebt das Wertgesetz nicht auf, sondern paßt ganz gut in seine Logik. Es ist aufschlußreich, diese zitierte Fußnote in den Zusammenhang zu rücken, in dem sie bei Marx erscheint. Dort heißt es nämlich weiter: »wenn aber alle seine Brüder Kapitalisten desgleichen tun, wo soll er Ware auf dem Markt finden? Und Geld kann er nicht essen. ... Er foppte uns. Er überläßt diese ... hohle Flauseln den dafür eigens bezahlten Professoren der politischen Ökonomie [und Rainer Bremer]. Er selbst ist ein praktischer Mann, der zwar nicht immer bedenkt, was er außerhalb des Geschäfts sagt, aber stets weiß, was er im Geschäft tut« (K I, S. 200 f.). Dort läßt er nämlich weiterhin Mehrwert produzieren. Die im Text angeführten Beispiele verweisen nicht auf ein wertelos schwebendes Kapital, sondern auf die Verwertung als seinen es bewegenden Motor. Für problematisch halte ich auch die Ausführungen zu den Transaktionskosten. Im Referat heißt es, daß die bürgerlichen Theoretiker diesen Begriff benutzen, um «die Wirklichkeit der Geldwirtschaft» zu fassen zu bekommen. Aber die wirklichen Krisen und die reichlich irreal anmutenden Bewegungen in der monetären Sphäre werden im folgenden nicht näher beleuchtet.⁶

Stattdessen wird die Synonymität der Transaktionskosten mit dem »altertümlichen Begriff der faux frais« bei Marx behauptet. Mir scheint diese Gleichsetzung äußerst problematisch. Bei Marx dient der durchaus nicht altertümliche, sondern nur ökonomische Begriff dazu, die aus Sicht des Kapitals unterschiedliche Qualität von Zirkulationskosten zu unterscheiden, in solche nämlich, die notwendig sind, um die Produktion von neuem zu beginnen, also noch, wie indirekt auch immer, ein »Moment der Produktion in ihrer Totalität« darstellen, und jene, die nicht durch die Produktion gesetzt und darum rein unproduktive Kosten sind, eben faux frais.

Wenn man sich klar macht, daß z.B. sämtliche öffentlichen Bildungs- und Sozialausgaben zu den faux frais gerechnet werden müssen, weil sie aus Sicht der Unternehmer Abzüge vom Mehrwert via Steuern darstellen, dann kann man doch wahrlich nicht davon reden, daß z.B. diese faux frais aktuell ins Uferlose stiegen. Im Gegenteil sind sie noch nie seit 1949 so drastisch gesenkt worden. Man kann wohl ebenso

wenig behaupten, das merke niemand mehr. Zu bemerken wäre schließlich, daß es die Unternehmerperspektive ist, von der aus sorgenvoll auf das Anwachsen dieser Kosten geblickt wird.

Der »eminent kritische Sinn« dieses Begriffs ist wohl gerade darin zu sehen, daß die faux frais aus dem bornierten Blickwinkel des für den Profit produzierenden Kapitals berechnet werden. Dem sind sie allerdings ein »Dorn im Auge«, aber nicht weil – wie R. Bremer behauptet – die Ökonomen »am Gebrauchswert, am wirklichen Nutzen« interessiert sind, sondern im Gegenteil ihr wirklicher Nutzen einzig der Tauschwert und dessen Realisierung ist. Diesem Zweck dienen beispielsweise auch die Monopolbildungen, die ja über das Ausschalten der Konkurrenz einzelnen Branchen Verwertungsvorteile schaffen sollen. Daß in diesem Rahmen immer auch »Wasserköpfe« entstehen und zur Verselbständigung neigen, ist sicher nicht zu bestreiten, aber ebensowenig die Tatsache, daß doch allenthalben im Zuge der »Verschlankungs«-Strategien diese »Moloch« kräftig abgedampft werden sollen.

Wie gut das jeweils gelingt, und ob in bestimmten Bereichen die »ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« weiterwuchern, darüber mögen sich die eigens von den Unternehmen dafür abgestellten Experten den Kopf zerbrechen. Kritischen Gesellschaftswissenschaftlern muß es nicht unbedingt schlaflose Nächte bereiten, wenn Unternehmen ihre Gewinne nicht maximal steigern können.

Aber auch der Referent sorgt sich offenbar, wenn Unternehmen Verluste verzeichnen, so als ob das viele Geld nun für lauter nützliche und schöne Gebrauchswerte verlorengegangen sei. Dabei hat er scheinbar vergessen, daß auch als am kapitalistischen »Überbau« eingespartes dieses Geld keineswegs in seine oder anderer netter Mitmenschen Taschen fließen würde, also überhaupt nicht den Bedürftigen zugute käme, vielmehr wäre es längst wieder im Verwertungseinsatz, vielleicht für das Alleridiotischste!

Die Transaktionskostentheorie, so der Referent, trage »Wesentliches zur Darstellung der empirischen Basis der kapitalistischen Verwertung« bei. Demnach geht diese Theorie offensichtlich davon aus, daß weiterhin Werte gebildet werden, denn Nichts kann sich ja nicht verwerten. Andererseits kann man mit R. Bremer nur »außerordentlich bemerkenswert« finden, daß diese Basis nichts weiter als »die Praxis der Geschäftemacherei« sein soll. Zu fragen bleibt: Was ist die Basis dieser Basis? Es muß doch irgendwo und irgendwie erst einmal etwas hergestellt worden sein, mit dem man Geschäfte machen kann.

Eine Erklärung wird im Referat nicht gegeben, denn »weit und breit ist keine Logik in Sicht«, die helfen könnte, eine zu finden. Das Ganze kann deshalb wohl nur ein Spuk sein – der »Spuk der Geldwirtschaft«. Wo ihn nichts als Gespenstisches umgibt, sehnt sich R. Bremer scheinbar nach den guten alten Zeiten:

Es war einmal das Wertgesetz, das hatte noch eine Logik! Nach seiner »technologischen Suspendierung« geht das Kapital nur noch als Gespenst um, nicht genug, daß überall Mangel herrscht, nun fehlt zu allem Überfluß (siehe Überproduktion) auch noch »das Korrektiv der Krise«. Hier wird zumindest impliziert, daß Krisen bisher wie reinigende Gewitter gewirkt hätten. Hinzuweisen wäre auf die fatalen Folgen dieser Reinigungsprozesse, allzuoft wurden die eklatanten Widersprüche in Stahlgewittern aufgehoben, die »Disproportionalitäten« durch allerlei nicht nur wertmäßige,

sondern auch physische Vernichtung für eine Weile wieder ins Gleichgewicht gebracht, um sie erneut ins Werk zu setzen. Diese Disharmonie-Zyklen sieht der Referent ein für allemal unterbrochen. Aktuell seien Krisen »nur noch« als die »Verewigung der Widersprüche« zu deuten, deren bedrückender Höhepunkt sich im »unermesslichen« Anwachsen der faux frais zeige. Als bedürfte es nur einer sparsameren Haushaltsführung und vernünftiger Unternehmenskalkulation, um den Kapitalismus erträglicher zu machen.

III

Marx konnte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit seiner kritischen Analyse zeigen, daß die Entwicklungsstufe der Menschheit, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, die *Möglichkeit* eröffnet, die Geschichte endlich auch unter die Bestimmung der Vernunft zu bringen. Er hatte die Kritik der politischen Ökonomie nicht als plausiblen Geschichtsdeterminismus verfaßt, sondern stets darauf hingewiesen, daß diese objektive Möglichkeit von den lebendigen Menschen subjektiv ins Werk gesetzt werden müsse. Ob ihnen das gelingt, läßt sich logisch aus dem Wertgesetz nicht ableiten, es ist dies nicht eine theoretische, sondern eine eminent praktische Frage.

Im Referat »Kritik der politischen Ökonomie – heute« wird vorschnell die theoretische Fundierung der Kritik aufgegeben. Der Referent bleibt an der Oberfläche der verschiedenen Krisenphänomene hängen, deren Absurdität er feststellt, ohne sie jedoch auf ihre ökonomische Kerngestalt zurückzubeziehen. Völlig losgelöst, gleichsam freischwebend erscheinen die Verhältnisse so als Übermacht, der nicht mehr beizukommen ist. Die Ausführungen, wenn auch in kritischer Absicht, affirmieren schließlich nur noch diese Verhältnisse. Die Geschichte bliebe Schicksal, für die Menschen gäbe es nicht einmal mehr die Möglichkeit, ihre zweite Natur als von ihnen gemachte zu durchschauen, geschweige denn zu verändern. Der Kapitalismus existiert zwar irgendwie weiter, man kann ihn aber nicht mehr verstehen. Die Kritik wird subjektivistisch. So ist das die realen Verhältnisse überschreitende Moment einer Kapitalismuskritik zwar notwendig moralisch, aber mit Wolfgang Porth wäre zu sagen, daß »das Kapital nur begreiflich (ist), wenn man es abschaffen will, aber wenn man es abschaffen will, ist es immerhin tatsächlich zu begreifen«⁷. Wenn aber überwiegend nur noch Phantome, Spuk und diffuse Mächte den Kapitalismus bestimmen, kann man ihn nicht mehr begreifen, man kann nur noch Anekdoten über ihn erzählen. Hegel sagte einmal über die Philosophie, sie solle »keine Erzählung sein, was geschieht, sondern eine Erkenntnis dessen, was *wahr* darin ist ...«⁸. Von einer Kritik am Kapitalismus heute wäre das auch zu erwarten.

Anmerkungen

- 1 Benjamin, W., Gesammelte Schriften, Bd. I.2, S. 697
- 2 Vgl. zur Kritik an den klassischen Ökonomen: Theorien über den Mehrwert, MEW 26.1, S. 40 ff.
- 3 Er nimmt nicht zur Kenntnis, daß Marx ausdrücklich zwischen Produktenwert und Wertprodukt unterscheidet. Letzteres setzt sich keineswegs aus $c+v+m$ zusammen, sondern bezeichnet nur den »Überschuß über den Produktenwert«, das Wertprodukt ist der einzige Originalwert, »der einzige Wertteil des Produkts, der durch den Prozeß selbst produziert ist«, besteht somit nur aus $v+m$ und ist zu unterscheiden von dem aus dem Prozeß erhaltenen Produktenwert. Der allerdings wird aus der Summe von $c+v+m$ berechnet. Das c selbst birgt keinen Mehrwert, es erhält lediglich seinen ursprünglichen Wert, wird nur in veränderter Form auf das Neuprodukt übertragen, ein Mehrwert entsteht nur dadurch, daß über die notwendige Arbeitszeit hinaus, Surplusarbeitszeit produktiv, aber kostenlos verausgabt wird. Darauf hinzuweisen, ist keine besserwisserische Haarspalterei, sondern wichtig, um die ideologische, weil falsche Produktionskostenberechnung der Unternehmer aufzudecken, die im Unterschlagen des Unterschieds, in der Gleichsetzung von Produktenwert und Produktionskosten, das verdecken, worum es geht: daß m ihn nichts kostet! (Siehe hierzu ausführlich K I, S. 217 ff. und GR 219.)
- 4 K I, S. 534
- 5 Vgl. u. a. GR 312 f.
- 6 Im Zuge der sogenannten Globalisierung und mit Hilfe technologischer Finanzierungsinnovationen (Cybermoney, elektronische Börse, Internet etc.) scheint sich der Geldmarkt zu verselbständigen. Die Computertechnologie ermöglicht es innerhalb von Sekundenbruchteilen, gigantische Summen über den Globus zu schicken, ohne daß – seit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Wood, welches die Bindung an den Dollar als Weltgeld noch garantierte – Zentralbanken hier noch kontrollieren oder steuern könnten. Als Folge dieses entkoppelten Geldkapitals sind sowohl riesige Spekulationsgewinne als auch das Abreißen riesiger Kreditketten mit völliger Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern zu beobachten. Daß und wie diese verselbständigten Geldtransfers in der realen werteproduzierenden Ökonomie fundiert sind, wäre Gegenstand einer kritischen Analyse der politischen Ökonomie heute (Kritische Literatur dazu u. a.: PROKLA 103, »Vom Gelde«, 26. Jg., Nr. 2, Münster 1996; hier bes. die Beiträge von Elmar Altvater, Robert Guttman und Raúl Rojas).
- 7 Porth, Gebrauchswert
- 8 Logik II, S. 260

Replik Rainer Bremer

Eike Pulpanek hat mit einem Text repliziert, der wenig kürzer ist als der meines Referats. Mindestens genauso viele Argumente bringt sie vor, die meinerseits eine Replik verdienten – wir könnten einen weiteren Sonderband daraus machen. Das hätte vor allen Dingen den Vorteil, daß die Leser dieses Heftes mit den fälligen Spezialerörterungen nicht behelligt würden. Aber uns steht nun einmal dieser zweite Band als Forum der Auseinandersetzung nicht zur Verfügung.

Eike Pulpanek legt eine Kritik vor, deren Engagement das meine an der Sache teilt, womit sie als ein gemeinsames gelten kann. Das stärkt das Motiv meines Textes. Aber: Sie stützt ihre Kritik auf Argumente, die – leider – tief mit dem Elend der linken Kapitalismuskritik zusammenhängen, um das es mir ebenfalls ging. Insofern behandle ich ihre Reaktion als exemplarische.

Mein kritisch repliziertes Referat hat möglicherweise auf implizit gebliebene Argumente zurückgegriffen, die an Marx geschulten Lesern nicht zugänglich sind, da dieser, etwa in den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie, jene kapitalistische Wirklichkeit nicht erfahren konnte, die hundert Jahre nach seinem Tod das Leben der Menschen bestimmt. Dessen Lektüre bedarf der Sorgfalt und daher philosophischer Normen. Doch kommt es auch auf die Inspiration an, die von solcher Lektüre als Aufklärung über etwas ausging, das als gesellschaftlicher Zustand vergangen ist. Dogmatik und Orthodoxie unterscheiden sich daher. Mit Orthodoxen, die ein originäres Werk bewahren wollen, weil sie es verstanden haben, kann man sich verständigen, mit Dogmatikern nicht. Sie halten an einer Botschaft fest, die nicht Wissen, sondern Glauben zeugte. Meine zutiefst empfundene Erfahrung ist die, daß man zwischen Marx und dem politischen Marxismus scharf unterscheiden sollte. Dogmen lassen sich dem Zeitgeist gemäß in Parolen verpacken, die heutzutage reichlich gestreut sind und ihre Verteidiger zu Haß und Verachtung ermuntern. Orthodoxe bleiben einer Sache treu. Ich fürchte ein wenig, daß sich Dogmatiker als Orthodoxe ausgeben, wozu sozialpsychologisch im Falle des Marxismus ein deprimierender Grund besteht. Fundamentalismus hat eine soziale Ursache, keine theoretisch bewirkte. Theorien sind unschuldig, auch wenn sie falsch sind. Die herrschende Ideologie besteht nicht zuletzt darin, Gedanken zu bekämpfen, wenn sie der eigenen Praxis widerstreiten, und bestehe diese Praxis nur aus der Phrase der Praxis. Dazu noch einmal zum Schluß.

I

Wenn jemand zum Wochenmarkt geht, um dort Eier zu kaufen, was tut er dann? Nehmen wir an, er braucht für das Wochenende zwölf Eier. Um die zu bekommen, nimmt er da zwölf Eier mit, oder das Geld, das zwölf Eier kosten? Wahrscheinlich letzteres, da er ja andernfalls, im Besitz von zwölf Eiern, diese nicht brauchte. Freilich führte dies sogar dann, wenn einer mit zwölf Eiern zum Wochenmarkt ginge und auch einen Eierhändler fände, der bereit wäre, zwölf Eier gegen zwölf Eier zu tauschen, zu einem Geschäft, bei dem nur Gebrauchswert gegen Gebrauchswert getauscht wird.

Was wäre dann mit dem Tauschwert? Selbst wenn die Eier sich sprichwörtlich wie eins dem anderen gleichen, würde dann bei gleichem Gebrauchswert auch tatsächlich gleicher Tauschwert getauscht? Vielleicht nicht. Gehen wir der Sache kurz auf den Grund.

Einer sammelt seine Eier auf einem großzügigen Gelände ein. Bis er zwölf zusammen hat, läuft er den halben Tag. Der andere hat einen Hühnerstall, den er jeden Morgen betritt, um dort innerhalb von fünf Minuten seine zwölf Eier einzusammeln. Wertheoretisch bekommt er seine Eier billiger als der andere. Merkt der das, baut er sich auch einen Hühnerstall. Dafür braucht er einige Zeit und natürlich Material. Irgendwann produziert er seine Eier genauso wie der andere.

Konkurrenz der Eierproduzenten und die Wahrnehmung des unterschiedlichen Werts ihrer Waren kann nur aufkommen, wenn die beiden nicht mehr Gleiches gegen Gleiches tauschen. Die Ironie meines Eierbeispiels liegt in der Absurdität der unterstellten Tauschakte. Weder tauscht jemand zwölf Eier gegen zwölf Eier noch – nun wird es ernster – einen Hundertmarkschein gegen einen Hundertmarkschein. Gleiches, wirklich Gleiches, wird nicht und niemals getauscht. Daher auch nicht Tauschwert gegen Tauschwert – es sei denn, die Tauschwerte manifestierten sich jeweils in einem verschiedenen Gebrauchswert.

»Denn daß beim Tausch alles mit rechten Dingen zugeht und auch wieder nicht, bedeutet zunächst, daß auf dem Markt sehr wohl das Prinzip des Äquivalententausches gilt. Tauschwert gegen Tauschwert – und zwar im gleichen Verhältnis – das Maß ist die im jeweiligen Produkt enthaltene einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit. Von der Wertseite her wird in der Zirkulation sehr wohl Gleiches gegen Gleiches getauscht.« (E.P.)

Aber nicht als Gleiches, sondern nur als *in einem Dritten* (dem Geld) Gleichgesetztes. Die Gleichsetzung geschieht im Tausch Ware gegen Geld (Äquivalententausch). Keiner der Produzenten kann nun wissen, ob er wirklich Gleiches getauscht hat. Die Gleichheit kann sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen erst post festum nach dem Modus der Preisbildung erweisen. Insofern setzt sich das Wertgesetz erst nach der Produktion bestimmter Waren durch. Daraus resultiert die Krisenlogik.

Das Zitat aus Eike Pulpaneks Replik scheint dem nicht zu widersprechen. Noch einmal: »Tauschwert gegen Tauschwert – und zwar im gleichen Verhältnis – das Maß ist die im jeweiligen Produkt enthaltene einfache gesellschaftliche Durchschnittsarbeit.« Die durchschnittliche Arbeitszeit ist eine Referenz der Marxschen Werttheorie an das Konkurrenzphänomen kapitalistischer Ökonomie. Das »reine« Wertgesetz besagt, daß der Wert einer Ware durch die zu ihrer Herstellung aufzuwendende Arbeitszeit (plus dem darin vernutzten konstanten Kapital) bestimmt ist. Das würde bedeuten, daß der faulste oder ungeschickteste Schuster die wertvollsten Schuhe produzieren müßte. Er würde nun aber durch den Markt, an dem er seine Waren als Gebrauchswerte feilbieten muß, darüber belehrt, daß er zwar Schuhe anbietet, die gebraucht werden, aber viel zu teure. Der faule Schuster hat nun leider kein Monopol ...

Soweit zur Preisbildung durch Konkurrenz, die Marx sehr wohl in Kategorien der Werttheorie aufnehmen konnte. Aber doch bleibt ein Einwand gegen das Postulat

»Tauschwert gegen Tauschwert«. Denn es gibt Waren, die gar keinen Wert, nur einen Preis haben. Boden, »Fläche« bzw. Grundstück haben Menschen nicht geschaffen. Sie gelten aber als wertvoll. Wie läßt sich nun die Tatsache eines hohen Preises damit vereinbaren, daß dieser für eine Ware verlangt wird, die gar keiner Produktion entspringt (wie etwa andere Pretiosen wie Edelsteine und Edelmetalle, die immerhin gewonnen, also produziert werden müssen)? Wertgesetzlich ist das relativ einfach, wenn man nicht mit »Wert«, sondern mit »Preis« operiert und dabei gleichzeitig davon ausgeht, daß die in Preisen ausgedrückten Werte in summa übereinstimmen müssen. Dann macht jene Tatsache, daß etwas völlig Wertloses wie das Grundstück der Deutschen Bank in Frankfurt einen hohen Preis erzielt, keine Schwierigkeit, denn dieser Preis wird aus Kapital bezahlt, das vermöge des Geldes (in seiner 3. Bestimmung als Kapital) unabhängig von Werten und Gebrauchswerten agiert. Es könnte ja einer auf die Idee kommen und den Mond kaufen. Findet er jemanden, der den Eigentumstitel nachweist, kann er mit ihm in Kaufverhandlungen eintreten. Im Moment sieht es so aus, als gehöre der Mond der NASA resp. den USA. Das Problem wäre außer der Frage, wem er denn »juristisch« gehört, augenscheinlich die Bestimmung des Preises. – Aber eins können wir mit Marx sagen: Der Mond hat keinen »Wert«. Schlechterdings haben wir ihn nicht produziert. Das übrigens gilt auch für die Erde.

Mondpreise sind ein gewisses Ärgernis der Kritik der Politischen Ökonomie. Das Wertgesetz besagt, daß der Tauschwert einer Ware und seine Realisation, die voraussetzt, einen Gebrauchswert zu repräsentieren, der eine Nachfrage einlöst, stets aus der »Arbeitszeit« besteht, die im gesellschaftlichen Durchschnitt aufgewandt werden muß (»lebendige Arbeit« = v), und dem, was dazu benötigt, aber nicht produziert werden muß, weil es das schon wurde und als Ware käuflich ist (»tote Arbeit« = c). Auch in dies c ist gesellschaftliche Arbeit einmal gesteckt worden. Das konstante Kapital, das ein Einzelkapital aufwendet, hat es – in wertgesetzlicher Gesamtrechnung – anderswo gekauft, wo wiederum Arbeiter es hergestellt haben, die wiederum etwas vernutzten, das anderswo hergestellt wurde. Fest steht wertgesetzlich lediglich eins: Über alle Preisbildungsmechanismen hinweg und hindurch kann es keinen Tauschwert geben, der nicht durch »Arbeit« entstanden ist, eben jenes Surplus, das den Tausch überhaupt erst sinnvoll macht (vgl. das Beispiel meiner zwölf Eier). Die Bildung von Preisen, zumal aus wertgesetzlicher Perspektive, und die Entstehung von Werten durch Arbeit, die aus Kapital bezahlt wird (also Lohnarbeit), hat Marx stets gleichsam zusammendenken können. Das Problem der »absoluten Grundrente« erschien ihm durch eine wertgesetzliche Erklärung lösbar. Aus dem spezifisch höheren Anteil der Arbeitskraft an der landwirtschaftlichen Produktion leitete er die – schon zu seiner Zeit suspekten – geldwirtschaftliche Evidenz ab, daß ökonomisch die technologisch rückständige Ausbeutung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern aus dem prinzipiellen Unterschied zwischen eben landwirtschaftlicher und industrieller Produktion erwachsen soll. Der Ausgleich, nach kapitalistischen Verwertungsgesetzen zwingend, fand nicht statt, der Preismechanismus hat die »absolute Grundrente« nicht überwinden können.

Wenn es schon ungeheuer schwierig ist, in einem Produktionszyklus festzustellen, welchen Wertanteil das v am eingelösten Tauschwert hat (also die Zusammensetzung

des Warenwerts nach v und c inklusive m), den ein Einzelkapital produziert, wieviel schwieriger muß dann erst die Tatsache wiegen, daß die wertgesetzliche Bestimmung des v davon abhängt, welchen Wert die Konsumtionsmittel (die auch Wert beanspruchen können, sofern sie produziert worden sind) haben, die in die Reproduktion des v eingehen und es deshalb wertmäßig bestimmen? Das v ist ja keine diskrete Größe, die man schon verstanden hat, wenn man sie vom c und dem m unterscheiden kann.

»Der Witz ist aber – und dazu braucht man eben die Einsicht in das Marxsche Wertgesetz –, daß es eine spezifische Ware gibt, die zwar auf dem Markt auch gemäß ihrem Wert gekauft wird, die aber als lebendige Arbeitskraft, vom Kapitalisten in seinem Produktionsprozeß angewandt, mehr Wert herstellt als sie selbst Wert ist, diesen Mehrwert eignet sich der Käufer kostenlos an.« (E.P.) Eike Pulpanek referiert – keineswegs irrend – die Bestimmung jenes Werts, der den Surplus über das eingeschossene Kapital ausmacht. Mißverständlich ist vielleicht die Formulierung »Käufer«. Mit letzterem ist der Kapitalist gemeint, der die Ware »Arbeitskraft« kauft, um den Mehrwert anzueignen, die Surplus erzeugt, und nicht der »Käufer« der Waren, die der Kapitalist produzieren kann, weil er Arbeiter in einem Lohnverhältnis bezahlt.

Unstimmig an der Formulierung ist der Gebrauch des Begriffs »Wert« der Arbeitskraft im Zitat. Dieser Wert ist wertgesetzlich – man verzeihe die wie eine Huldigung an einen begrifflichen Fetisch wirkende Wiederholung – zwar die Quelle des Mehrwerts, aber bis dahin nur eine logisch abgeleitete Kategorie.

Die Abstammung, die Zurückverfolgung der wertbildenden Arbeit im Produktionsprozeß ist schwierig (Marx hat in Kapital, Band II, Reproduktionsschemata entworfen, die bis heute niemand aktualisieren will, was ich als Eingeständnis des Verzichts auf Theorie deute, die Eike Pulpanek für unantastbar hält, die aber heute wegen der Computer möglich wäre – Marx hat das noch mit Papier und Bleistift gemacht). Hinzu kommt das Problem der Preisbildung von Waren, die – ich wiederhole mich –, um überhaupt getauscht werden zu können, einen von ihnen selbst verschiedenen Gebrauchswert gleichzeitig bieten müssen, dessen Tauschwert nicht für sich, sondern im allgemeinen Äquivalent, dem Geld besteht.

Da hätten wir einerseits eine Größe für den Wert der Arbeitskraft (warum sollte nicht auch eine Friseurin Manta fahren oder eine Frauenbeauftragte der Bundesregierung einen lila lackierten Hubschrauber fliegen? Aus dem Produktionspotential dieser Gesellschaft dürften alle Bedürfnisse zu befriedigen sein), andererseits ein mathematisches Problem mit dem Wert der Arbeitskraft. Der ist eben keine diskrete Größe, er hängt, genau wie der Wert des c , das ein Kapitalist kaufen muß, um mit seinen im v wertgesetzlich repräsentierten Arbeitern Waren zu produzieren, von dem ab, was »seine« Ware Arbeitskraft zu ihrem Erhalt erheischt.

Abgesehen davon, wie man das mathematisch korrekt modelliert und im Abgleich mit den empirischen Wirtschaftsdaten (worum sich Leute vereinzelt kümmern, die dann bei VSA oder in PROKLA publizieren) durchrechnet, was heute der Wert einer Arbeitskraft ausmachen könnte: Ich habe in meinem Text behauptet, daß dieser praktisch Null ist. Adorno hat es ähnlich formuliert, er sprach von einem Grenzwert, gegen den Arbeit bei der Wertbildung konvergiert. Es mag sein, daß er mit Grenzwert nicht den mathematischen Begriff (gegen eins oder null) meinte. Wie auch immer, semantisch bedeutet »Grenzwert« das Gegenteil von »Unendlich«. Das wird ihm

bewußt gewesen sein. Daher gehe ich davon aus, daß mit einem »Grenzwert« jener Anteil von Arbeit gemeint ist, den Maschinen nicht übernehmen. Wie klein er wird oder wie groß er bleiben muß, dürfte zu entscheiden nicht bei einer ökonomischen Theorie liegen. Das wird technologisch bestimmt.

Welche werttheoretische Implikation hätte nun eine technologisch bis zu einem Grenzwert bewerkstelligte Vollautomation? Marx hat sich stets einer einfachen Gleichung für die Zusammensetzung des Kapitals bedient: $v + c = 100$. Dabei unterschied er zwischen höherer und niedrigerer »organischen Zusammensetzung« des Kapitals. $80 + 20 = 100$ besagt, daß im Verhältnis zum konstanten Kapital (Gebäude, Werkzeuge/Maschinen, Rohstoffe/Halbzeuge) viel Arbeitskraft, die aus v bezahlt wird, aufgewandt wird. Der Fall von $20 + 80 = 100$ indiziert das umgekehrte Verhältnis. Damit ist der Mehrwert noch nicht berechnet. Wie kann das auf der Grundlage dieser Gleichung geschehen? Gar nicht ohne eine zusätzliche Annahme bzw. bekannte Größe. Und die liegt im Wert der Arbeitskraft. Diese muß nun nicht als Größe ihres Tauscherts angegeben werden, es reicht die Wertrelation. Und die ist ebenfalls einfach. Der von einem Kapital in der Zusammensetzung von $20 + 80 = 100$ produzierte Mehrwert (Einheit: ein Arbeitstag) hängt insofern mathematisch vom Wert der Arbeitskraft ab, als jeder Arbeiter zunächst diesen Wert wieder erwirtschaften muß (»notwendige Arbeitszeit«), nicht als benennbare Wertgröße, sondern in einer Zeitdauer. Beträgt diese 50% des Arbeitstages, dann ergibt das Kapital $20 + 80 = 100$ ein Surplus von $m = 20$. Nach der Formel für die Mehrwertrate $\frac{m}{v}$ beträgt es 1 bzw. 100%. Die Profitrate berechnet sich aus dem Gesamtkapital und dem Mehrwert $\frac{m}{v+c}$, in unserem Beispiel stellt der Mehrwert nur 20% dieses Kapitals dar. Wenn nun die Voraussetzung für die Vollautomation darin liegt, daß im arbeitsteilig organisierten Produktionsprozeß das c das v praktisch überflüssig macht, dann dürfte auch kein m entstehen, vom p (Profit) ganz zu schweigen. Mathematisch sieht das allerdings etwas anders aus. Der »tendenzielle Fall der Profitrate« beunruhigt Ökonomen schon lange, bevor die Mathematiker stutzen würden. Denn die protestierten erst, wenn jemand nach der genannten Formel für $v > 0$ einsetzen wollte. Das in der Tat wäre das Ende der Rechnung, denn die Folge der Berechnung eines Bruchs, der im Nenner eine 0 hat, ist schließlich ein unendlich großer Zähler. Jenseits solcher Kalküle bleibt freilich eine andere Möglichkeit, werttheoretisch diese Gesetzmäßigkeiten mit dem technologischen Stand in einen rationalen Zusammenhang zu bringen.

Marx hat bei praktisch allen Berechnungen das Verhältnis der notwendigen Arbeitszeit (Reproduktion des v) zur Mehrarbeit (Produktion des m) konstant gesetzt. Die Theorie kennt zwar die Kategorie der »relativen Mehrwertproduktion« (im Unterschied zur absoluten, die durch die einfache Verlängerung des Arbeitstages zustande kommt). Er hat gesehen, daß in die Reproduktion des v »wohlfeilere Waren« eingehen und somit dessen Wert senken, was bei gleichbleibendem Arbeitstag eine Erhöhung des m bedeutet. Aber dies ist sofort und unter allen Umständen wieder der Nivellierungstendenz anheimgefallen, denn die »notwendige Arbeitszeit« ist für alle gleich, da die Reproduktionskosten ihrerseits wertmäßig nach den Waren bzw. der in ihr vergegenständlichten Arbeit sich bestimmen. Deshalb hat er sie konstant gesetzt. Dabei fällt aber ein wesentlicher Sachverhalt der relativen Mehrwertproduktion unter den Tisch, hauptsächlich unter den ideellen Gesamtarbeitstisch, der

in den Lektüreseminaren Marxistischer Gruppen der 70er Jahre als Unterlage für die blauen Bände diene.

Die Berechnungen zum Verhältnis zwischen v und m sind in einem wesentlichen Punkt nur fingiert, nämlich dort, wo aus dem v das m »erscheint«. Das geht nur unter der Setzung der »notwendigen Arbeitszeit«, also der Dauer des Arbeitstages, die für die Reproduktion des v erforderlich ist. Die wiederum ist werttheoretisch ebenso an Zeit gebunden. So wird zwar im allgemeinen gesagt, daß der Wert der Arbeitskraft in dem Maße sinkt, wie die Steigerung der Produktivität auch jene Waren verwohlfeilert, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehen – in voller Konsequenz bedeutet dies, daß allein die technologische Entwicklung und nicht die Gesetze der kapitalistischen Produktion über den Wert der Arbeitskraft entscheiden.

Halbiert sich der Wert der Arbeitskraft, steigt das m ebenfalls:

$20 + 80 = 100$	notwendige Arbeitszeit 50%	$m = 20$	$p' = 20\%$
$20 + 80 = 100$	notwendige Arbeitszeit 25%	$m = 60$	$p' = 60\%$

Wir haben es immer mit einer Gleichung mit zwei Unbekannten für das m zu tun, es ist die »notwendige Arbeitszeit« und der »Wert der Arbeitskraft«, von denen wir nur wissen, wie sie werttheoretisch zusammenhängen. Tabula rasa gesprochen, gibt das Wertgesetz folgende Überlegungen an die Hand: Während des Arbeitstages muß der Wert der Arbeitskraft sich reproduzieren können. Der Arbeitstag muß länger sein als die Zeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, sonst kann es ein Surplus nicht geben (andernfalls läge Subsistenzwirtschaft vor). Der Wert der Arbeitskraft ist durch den Wert der Waren bestimmt, die zu ihrer Reproduktion nötig sind. – Der Rest ist Setzung. Das ist zwar bitter, aber leider der Fall. Schlimmer noch, bei jeder Wertberechnung geht das c mit ein, der Versuch, den Wert des v , das ein Einzelkapital beschäftigt, aus der Wertzusammensetzung des produktionstechnisch vorgelagerten $C (= v + c)$ zu berechnen (das seine Wertzusammensetzung in den Warenpreisen spiegeln müßte), geht unrettbar auf den Leim der Preisbildung. Marx umging in den Reproduktionsschemata dieses Problem. Dort allerdings stellt sich dann die Frage nach der technologischen Bestimmung von Werten, was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, daß die Erweiterung der Produktion (die berühmten »höheren Stufen«, auf denen mit dem Mehrwert wiederum gewirtschaftet wird) letztlich eine Frage von Zeitrelationen (zwischen Reproduktion und Produktion) ist.

Aber leider ist dies nicht angemessen rezipiert worden. Dabei gibt es im Marx'schen Werk zwei dominante Richtungen, die er stets miteinander zu verbinden wußte. Es ist die der Entwicklung der Produktivkräfte (»Akkumulation bzw. Ausweitung der kapitalistischen Produktion«) und die Krisentheorie.

II

Marx hat dem Kapitalismus keine gute Prognose gestellt. Das hat Eike Pulpanek auch bei ihm gelesen. Die Krisen betreffen zweierlei: Die »normalen« Krisen (Überproduktion, Unterproduktion etc.) entstehen aus der Unmöglichkeit, nach dem Wertgesetz zu produzieren. Dies und die Konsequenzen daraus blendet Eike Pulpanek beharrlich aus. Die Proportionen zwischen den dem Kapital unterworfenen Branchen der Produktion sind nun keinesfalls so unwichtig. Denn: Im Tausch wird möglicher-

weise Ungleiches gleichgesetzt. Dazu verleiten die Mechanismen der Preisbildung (»Marktwert«, »Marktpreis«, »Monopolpreis«, »Monopolprofite«). Das dürfte nach Rubin der Regelfall sein. In meinem Beispiel des Sandtransports komme ich auf das »innere Band« zu sprechen, das wertgesetzlich für die Proportionen zwischen den Branchen sorgt: »Zwar suchen sich die verschiedenen Produktionssphären beständig ins Gleichgewicht zu setzen, indem einerseits jeder Warenproduzent einen Gebrauchswert produzieren, also ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen muß, der Umfang dieser Bedürfnisse aber quantitativ verschieden ist und ein inneres Band die verschiedenen Bedürfnismassen zu einem naturwüchsigen System verkettet; indem andererseits das Wertgesetz der Waren bestimmt, wieviel die Gesellschaft von ihrer ganzen disponiblen Arbeitszeit auf die Produktion jeder besonderen Warenart verausgaben kann.«¹ Darin liegen zwei Implikationen. Die eine besteht in dem schlichten Irrtum der Warenproduzenten über ihren Anteil an der Gesamtarbeitszeit einschließlich der Gebrauchswerte, die sie für ihre Produktion benutzen. Die andere ist die Gier nach der »Verwertung des Werts«. Beides hat Marx nicht nur phänomenologisch berücksichtigt, sondern theoretisch integriert, mittels seiner Theorie des Marktes. Der faule Schuster wird darüber belehrt, daß er zu überhöhten Kosten produziert. Dabei ist gleichgültig, ob er tatsächlich faul ist oder nur einen zu hohen Preis für seine Ware fordert. Der Markt nivelliert in einem einfachen Mechanismus seine Forderung. Das hat krisentheoretisch kaum Bedeutung. Doch ein anderer Fall sehr wohl. Nehmen wir die Extraprofite, also nicht den Schuster, sondern einen Kapitalisten. Er »spekuliert«, indem er das produziert, das den meisten Profit bringt. Dafür nimmt er die prinzipiell begrenzten Ressourcen der gesellschaftlichen Produktion in Anspruch (s. Zitat oben). Es kommt zum Phänomen der »Überproduktion«. Denn es ist nicht nur zu erwarten, daß auf dem ehemals profitablen Markt für die Ware XY alsbald davon zu viel produziert sein wird, sondern daß dies »Zuviel« ausgesprochen relativ ist. Eigentlich brauchen es alle Menschen, aber nur wenige können es sich leisten. Betrachtet man nur die Konsumtion der Kapitalien (was die entscheidende ist), dann ergibt sich neben einer technologischen Grenze auch eine der Reproduktion des Kapitals, eine Grenze freilich, die ein Kapitalist nur in der Form fallender Preise wahrnimmt, die sein Kapital vernichten müssen, um dem Wertgesetz wieder zur Geltung zu verhelfen. Solche Krisen hat Marx als systemische aufgefaßt, sie sind unvermeidlich zur Ausweitung der Produktion unter kapitalistischen Bedingungen. Immerhin treiben sie die Entwicklung der Produktivkräfte an.

Ersichtlich an diesen Krisen ist, daß ihr Eintritt und Verlauf einem Zwang unterliegen, der vom Wertgesetz ausgeht. Wenn alle Kapitale in die Produktion von Baumwolle strömen, man aber Baumwolle weder essen noch mit ihr Eisenbahnen bauen kann, dann verfehlt das Kapital nicht nur seine Verwertung, sondern auch die – potentiell profitablere – Produktion anderer Waren. Mir ist schleierhaft, wie jemand, der Marx gelesen hat, diese Grundfigur krisentheoretischer Kritik an der wertgesetzlichen Blindheit kapitalistischer Produktionsweise verkennen kann, um sich stattdessen an Epiphänomenen der Krise aufzuhalten.

Aber noch etwas geht aus der Theorie der »normalen« Verwertungskrise hervor. Die »Stärke« des inneren Bandes, das die verschiedenen Branchen sowohl der Produktion als auch der Zirkulation zusammenhält, hängt ihrerseits von der Wertgesetz-

lichkeit der konkreten Produktion ab. Das Beispiel des Sandtransports gibt darauf einen ironischen Hinweis. Denn nur in dem Maße, in dem Waren tatsächlich »werthaft« sind, also eher einen großen als einen kleinen Wert darstellen, beeinflußt ihre Produktion unter Verstoß gegen das Wertgesetz – der Regelfall nach Marx, weil bereits die Berechnung des Profits ein grober, praktisch fataler Fehler ist – die Gesamtproduktion. Mithin ist die *Krisenlogik* an historische bzw. technologische Voraussetzungen gebunden, Voraussetzungen, die schleichend, im Verhältnis zum Produktivitätszuwachs der Arbeitskraft entfallen. Die Verselbständigung des Profitkalküls ist davon nur ein Symptom.

III

Marx hat seiner Fehlinterpretation einigen Vorschub geleistet, und zwar durch die Bestimmung der »produktiven Arbeit«. Das Beispiel eines Schnitzels, das bei gleichem Gebrauchswert einmal aus unproduktiver, ein andermal aus produktiver Arbeit entsteht, sorgte für Verwirrung unter politischen Ökonomen. Brät es die Hausfrau, geht es in die Konsumtion einer Arbeitskraft ein (unproduktive Arbeit, weil für die Reproduktion), brät es die gleiche Frau in einer Hotelküche, in der zu arbeiten ihr einen Lohn bringt (Tausch der Ware Arbeitskraft gegen Kapital), entspringt die Speise produktiver Arbeit. Der Grund für die Marxsche Abstraktion vom Gebrauchswert ist ein systematischer: Die »reelle Subsumtion« der Arbeit unters Kapital gehört zur »Produktion auf erweiterter Stufenleiter« wie das Amen zum Gebet. Die Zubereitung des Schnitzels in einer Hotelküche im Lohnarbeitsverhältnis ist halt Teil der »Entfesselung der Produktivkräfte«. Gleiches gilt für das Staubwischen daheim bzw. in einer Putzkolonne oder für die Bedienung des Videorekorders: Auch hier gibt das je involvierte Kapital den Ausschlag: Zuhause bleibt es eine wertlose Verrichtung, die Spielfilmkassette in das Gerät einzuführen, in einem Pornokino hingegen hilft solch ein Arbeitsschritt bei der Globalisierung der Verwertung ... Meine von Eike Pulpanek mit beharrlichem Unverständnis quitierte Problematisierung des Begriffs der »produktiven Arbeit«, der aus den »Theorien über den Mehrwert« stammt, findet allerdings ihre Entsprechung bei Marx, der wertgesetzlich sehr wohl zwischen »Produktions-« und »Zirkulationskapital« unterschied, um den Unterschied zwischen der Sphäre der Produktion des Werts und jener zu machen, bei der der Warenwert zwar zunimmt, aber nicht in Profit verwandelt werden kann. Das Surplus, das die Kapitalisten als Klasse unter sich verteilen, stammt nicht aus der Zirkulation, sondern aus der Produktion (vgl. u.).

Bei der Unterscheidung zwischen produktiv und unproduktiv kommt es nicht darauf an, eine Tätigkeit »an sich« als produktiv bzw. »unproduktiv« zu distinguieren. Verwertungsgesetzlichkeit, Krisentheorie und Produktivkraftentwicklung vertragen sich nicht mit der Fetischisierung der Arbeit als »an sich« produktiver, sobald sie sich gegen Kapital tauscht. Die Physiokraten erklärten jene Arbeit zur produktiven, die die Menschen »ernährt«. Folglich konnten auch nur Bauern oder Landarbeiter als produktiv eingestuft werden. Dem widersprach das Wertgesetz, demzufolge alle Arbeit vermöge ihrer Verausgabung in der Zeit Wert »setzt«, wenn sie die Bedingung erfüllt, Ware zu sein, also einen Tausch- wie einen Gebrauchswert zu haben. *Ob sie*

diesen Status aber erhalten kann, ist nicht dem Willen des Kapitals nach Verwertung überlassen, sondern dem technologisch (»organisch«) zusammengesetzten Kapital bzw. dem in ihm mitgesetzten »Gesamtarbeitsstag«. Und dies wird gerne übersehen. Das Wertgesetz reguliert nicht nur die Relationen zwischen Tauschwerten, sondern bestimmt nach innerer Logik auch, welche Arbeitskraft vom bloßen Vermögen zur Verausgabung als Ware gehandelt werden kann. Die »reelle Subsumtion« ist ihrerseits an wertgesetzliche Voraussetzungen gebunden, die nicht einfach dadurch geschaffen werden, daß das Kapital alle nur denkbaren Tätigkeiten als produktive Arbeit sich unterwerfen will. Das mag es wünschen, aber ob es das auch kann, steht auf einem anderen Blatt. *Andernfalls gäbe es gar keine Überakkumulationskrisen,* die die ökonomische Entwicklung dieses Jahrhunderts mehrfach an den Rand der Katastrophe vorangetrieben haben.

Nach Marx ist dieses Blatt wie folgt beschrieben. Jede »Produktion auf erweiterter Stufenleiter« wird vom Wertgesetz »gefesselt«, und zwar post festum, also durch Krisen in der Hauptsache. Was aber passiert, wenn die »Werthaftigkeit« der Waren schwindet, was wird dann aus jenem logisch existierenden Punkt, an dem die Krise ihren purgierenden Hebel ansetzt? Welche Logik außer der der Verwertung greift dann noch?

IV

Die Antwort läßt sich krisentheoretisch geben. Neben der »Normalform« der Krise hat Marx jene finale beschrieben, die nicht eingetreten ist. Genauer, die Antwort liegt in der wertgesetzlichen Erklärung dafür, daß diese finale Krise nicht eintreten mußte, die er im »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« prognostizierte. Es besagt, daß mit einem immer höher organisch zusammengesetzten Kapital der Mehrwert logischerweise abnehmen muß. Wo kein v ist, kann kein m entstehen. Da das m in den Preisen sich versteckt (allenfalls ist zu sagen, daß die Gesamtmasse des Mehrwerts der des Profits entsprechen muß), steht der Betrachter vor zwei Rätseln. 1. Wieso bleiben systemgefährdende Verwertungskrisen aus, wenn doch die Verwertung als solche praktisch nicht mehr stattfinden kann? 2. Wieso gibt es die Warenproduktion noch, wo doch das Mißverhältnis zwischen lebendiger und toter Arbeit so kolossal angewachsen ist? Die beiden Rätsel hängen zusammen, das 2. ist ein politisches, das 1. ein im engeren Sinne ökonomisches. Je nach dem, wie die Antwort auf 1 ausfällt, beantwortet sich auch 2. Das Ausbleiben der ökonomischen Katastrophe kann dann erklären, wieso die Marxsche Prognose sich politisch nicht erfüllte. Aber, auch 1. verlangt eine Antwort, der die reale politische Entwicklung dieses Jahrhunderts nicht gleichgültig sein kann. Und da wären die beiden Kriege und der Faschismus doch ein Anlaß, über Krisen nachzudenken.

Es gibt die ökonomische Theorie der Verteilungskämpfe. Der politische Marxismus hat den 1. Weltkrieg durchaus als eine Inszenierung der zum Untergang verurteilten politischen Klasse gedeutet, die imperialistisch organisiert war. War also eine ökonomische Krise der Auslöser, der Ausweg in einen Weltkrieg gewissermaßen die ultima ratio der kapitalistischen Selbsterhaltung? Dem deutschen Faschismus ging eine »Weltwirtschaftskrise« voraus, die alle Anzeichen einer monetären Krise trug.

Und schließlich folgte eine Phase politischer Stabilität, von der manche sagen, sie sei zu Lasten der nach 1945 hemmungslos ausgebeuteten Dritten Welt gegangen. Also hätten wir es auch in der Zeit des Postfaschismus wiederum mit einer ökonomischen Krise zu tun, deren Lösung in der politisch abgesicherten Ausbeutung der zur Verelendung verdamnten Länder führte. Von Krisenfreiheit sollte also besser nicht die Rede sein.

bleibt die 2. Frage, die nach der ökonomischen Bedingung der Möglichkeit von Verwertung. Zu den Kriegen: Beide haben zu einer ungeheuren Mobilisierung der Produktivkräfte geführt. Nationale, in Wahrheit imperialistisch längst miteinander verflochtene Ökonomien sind in eine Prosperitätsphase eingetreten, die so ungefähr das unwahrscheinlichste gewesen sein dürfte, was den in den letzten Zügen liegenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen noch zuzutrauen wäre. Und die Ausbeutung der Dritten Welt als Erklärung für ein Fortschreiten eben dieser Ausbeutung zu nehmen, mündet schnurstracks in den Vulgärmarxismus. Dem ist nur eingefallen, daß zu Hause, dort, wo kaum noch *m* produziert wird, ein Surplus verteilt wurde, das die Arbeitskraft der Dritten Welt lieferte. Dagegen spricht dummerweise alles, was die Werttheorie unterstellt. Zwar hat man in unglaublichem Ausmaß zu den denkbar niedrigen, politischen Preisen die Rohstoffe in der Dritten Welt sich besorgt, die in der Ersten benötigt wurden, aber eben hier wurden sie verarbeitet, wurde Arbeitskraft eingesetzt, und nur hier kann der Reichtum entstanden sein, dessen Produktion Marx zufolge an die logische Grenze der Verwertung gestoßen ist – kein Kapital kann Mehrwert einfach importieren, er entsteht seinem Begriff nach dort, wo gearbeitet wird.

Es bleibt beim werttheoretischen Paradox, daß zur Erklärung für die fortgesetzte Produktion unter kapitalistischen Bedingungen jenes *c* angeboten wird, das bekanntlich kein *m* abwirft. Woher stammt dann das *m* der Ersten Welt?

Habermas hat sich einmal an einer Erklärung dafür versucht. Er schlug vor, werttheoretisch davon auszugehen, daß Wissenschaft und Technik selbst wertbildende Größen sein könnten. Ich möchte an mein Eierbeispiel erinnern: Derjenige, der keinen Stall baut, sondern hinter seinen Hühnern herläuft, bis er die tägliche Ausbeute an Eiern zusammenhat, dürfte dümmer sein als der, der sich zur Vermeidung dieser Mühsal den Stall einfach baut. Das trifft auf die Rolle von Wissenschaft und Technik im ganzen zu. Die Idee, etwas besser zu machen, sei es durch Forschung, sei es durch Technik, kann keiner Arbeitskraft höheren Wert verleihen als den, der ihr wegen der Konsumtionsmittel zukommt, die zu ihrer Erhaltung reichen. Der Wert solcher Ideen kann nur aus der Zeit stammen, die derjenige benötigt, dem sie »einfällt«. Unser Eierbauer, der täglichen Hühnerjagd zum Zweck der Eiersammlung überdrüssig, muß vielleicht 3 Tage überlegen, um auf die Idee des Hühnerstalls zu kommen, und weitere 5 Tage, um diesen zu bauen, aber dies geht in sein *c* ein, die Idee in den Wertausdruck des *c* ebenso ein wie das Holz und die Nägel, die zum Stallbau benötigt werden. Die Mägen der Dummen sind genau so hungrig wie die der Klugen, also reproduzieren sie sich zu den gleichen Kosten, die vom Stand der Produktivkräfte abhängen.

Auch die Arbeitskraft von Lehrern geht in ein beliebiges *c* ein, das allerdings niemand beziffern kann – die Bildungsökonomien schon gar nicht. Zwar heißen sie so,

aber ihre Berechnungen werden sich immer auf Preise (»Besoldungsgruppe«) stützen. Da fänden sie eine erkenntnisträchtige Hypothese. Qualifizierte Schüler bringen den nationalen Ökonomien gewaltige Vorteile. Empirisch mag das zutreffen und dem Interesse des Verbandes dienen, aber eins können sie nicht sagen, nämlich daß Lehrer Werte schaffen. Im Habermasschen Idealfall einer von verausgabter Arbeitskraft verschiedenen Wertsetzung durch Wissenschaft und Forschung hätten Lehrer einen besonderen Status. Sie erzeugen zwar kein Wissen durch Forschung, aber sie geben es weiter, sie stellen es den nächsten Generationen zur Verfügung. Etwas von ihrer Tätigkeit müßte in das gesellschaftliche Wertprodukt eingehen. Aber was und wie – wenn überhaupt – werttheoretisch? Wenn das den Lehrern eignende Wissen »an sich« Wert hat (nach Habermas) und durch die Weitergabe an Schüler den Wert dieser zukünftigen Arbeitskräfte »an sich« steigert, und dies *nicht* mit der Entstehung des Werts durch Verausgabung von Arbeitskraft im Lohnarbeitsverhältnis (hier: Sklaverei der Beamten) erklärt wird, also unmittelbar *m* produziert und nicht etwa *c*, das später in einem Lohnarbeitsverhältnis die ausgebildeten Schüler *in*, *das heißt während* ihrer Arbeit an die von ihnen geschaffenen Werte abgeben, dann möchte ich doch meinen Hohn – Marx kann dies nicht mehr selbst tun – mit seinen Worten über solche Kritiker der politischen Ökonomie ausschütten: Dann hätten die Lehrer, Wissenschaftler und andere – vielleicht Zauberkünstler, Magier – jenen Traum verwirklicht, den alle Kapitalisten träumen: den vom sich selbst erschaffenden Wert.

Aber auch der hat mittlerweile einen Schein von Realität, jedenfalls einen technologischen, den bürgerliche Ökonomen als Indikator für Modernität ansehen: Es ist die Profitmacherei mit Waren, die gar keinen Wert haben können. Grundstücke habe ich schon genannt, als »unvermehrbares Gut« sind sie wie ein Erbe der alten Herrschaft der neuen zugefallen. Aber es gibt auch andere Waren mit einem dem Bodenbesitzmonopol vergleichbaren Tauschwert, die durchaus vermehrbar sind: Software. Konzerne wie Microsoft, SAP oder Novell produzieren Programme, die werttheoretisch bereits in der ersten Kopie nur den Wert jenes Datenträgers besitzen können, auf dem sie gespeichert und weitergereicht werden. Der Quellcode mit allem, was dazugehört, mag hundert Mannjahre wert sein (was das außer als Preis in Dollar denn wertmäßig bedeutet, sei dahingestellt), aber diesen Wert erreicht nur der Quellcode, nicht eine einzige der zig Millionen Kopien des davon gezogenen Maschinencodes, mit dem dann Milliarden umgesetzt werden. Das ereignet sich in der Zirkulationssphäre, die bekanntlich keinen Wert schafft, in der vielmehr die in der Produktion geschaffenen Werte auch auf das Handelskapital resp. Zirkulationskapital verteilt werden. Wenn es denn schon dort ein Rätsel bleibt, wie angesichts des geschwundenen *v* noch Mehrwert entsteht, so dürfte es ohne die Hypothese, daß die durchschnittliche Reproduktionszeit für das *v* auf nur noch Minuten des Arbeitstages geschrumpft ist, erst recht nicht gelingen, die gigantischen Umsätze und Profite einer Branche zu erklären, die ein *v* praktisch nicht mehr kennt.

Schließlich die Transaktionskosten. Zunächst Marx in seinen eigenen Worten: »Das Kaufmannskapital ist nichts als innerhalb der Zirkulationssphäre fungierendes Kapital. Der Zirkulationsprozeß ist eine Phase des gesamten Reproduktionsprozesses. Aber im Zirkulationsprozeß wird kein Wert produziert, also auch kein Mehrwert.«² Die Zirkulationssphäre ist unproduktiv, sie schafft keine Werte, sie kann

allenfalls durch die Verkürzung der Umschlagszeiten des Kapitals indirekt zur Erhöhung der Produktion und zur Steigerung der »Stufenleiter« führen. Das heißt, alle »shops« und ihre »shopkeepers« leben von den Werten, die vorher produziert wurden. Sie werden aus dem gesellschaftlichen c bezahlt, dem sie nichts hinzufügen.

So kann man jede Verkäuferin auch ökonomisch betrachten. Dann bewacht sie die Ware und sammelt das Geld ein, das Käufer dafür entrichten. So betreibt das System eine ungeheure Verschwendung seiner Ressourcen als »faux frais«, als »Betriebskosten des Kapitalismus«. Diese Verschwendung beginnt in jedem Ladengeschäft, sie ist sprichwörtlich für Film und Fernsehen und reicht von Interkontinentalraketen bis hin zum Justizapparat einschließlich der Gefängnisse, in denen in der Regel Menschen sitzen, die angesichts des ungeheuren Reichtums in Versuchung gerieten, sich davon auf dem illegalen Wege der Expropriation (Enteignung ist etwas anderes als Ausbeutung) etwas zu verschaffen. Wenn 30000 Polizisten gegen 10000 Demonstranten einen Transport von 6 Behältern schützen, die nur einen minimalen Teil jenes Ausschusses enthalten, der in Atomreaktoren anfällt, dann kommt die Rede vom »politischen Preis«, die die Gegner solcher Transporte im Munde führen, dicht an die Wahrheit der kapitalistischen Ökonomie am Ausgang dieses Jahrhunderts heran: Der Preis ist ungeheuer hoch, aber er kann bezahlt werden wie auch die Verluste von Daimler-Benz oder der AEG oder – die Kosten der Arbeitslosigkeit.

Werttheoretisch läßt sich dergleichen nur erklären, wenn der Wert der Arbeitskraft (fast) auf Null gesetzt wird. Das halte ich für zwingend und daher ziehe ich es vor, Marx gegen seine Liebhaber zu verteidigen.

V

Die Werttheorie gibt nur eins her, die Erfüllung der Marxschen Prognose einer bis an eine technologische Grenze ansteigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals mit verschwindendem Anteil des v bei gleichzeitiger Stabilisierung der Produktionsverhältnisse, die entgegen der gesetzesmäßigen Formulierung des Untergangs der kapitalistischen Produktionsweise *nicht* an gesellschaftlichen Widersprüchen scheiterten – unter anderem, weil die herrschende Klasse die Gefahr sah und das auf Verelendung hinauslaufende Lohnarbeitsverhältnis sozial kurierte. Die wertgesetzlich determinierte Verfügungsmacht des Kapitals über die Arbeit ermächtigt das Profitkalkül zur gesellschaftlichen Regie über Produktion und Reproduktion, so daß sie sich ihre Krisen beherzt vornehmen kann. Wirklich gelöst ist keine, aber eine Bestandsgefährdung durch die pure, logische Widersprüchlichkeit kapitalistischer Verwertung ist mittlerweile auszuschließen.

Die Antwort lautet also: Das v ist so wertlos, daß alle Entscheidungen über seinen Einsatz sich der Verwertungslogik resp. der Akkumulation fügen. Auf den Eingriff wertgesetzlicher Logik ist nicht mehr zu hoffen, da nach ihr das v nur noch einen residualen, bald vielleicht gar keinen Wert mehr hat. Wir werden es nicht spüren, wir könnten es an einigen Indizien bestätigt sehen (oder auch nicht). Solche Indizien habe ich in meinem Referat genannt, mehr nicht. Daß einiges dafür spricht, bestätigt jemand, der hundert Jahre nach Marx dessen Theorie mehr als verbunden blieb.

»Die Verbesserung der ökonomischen Lage drunten oder deren Stabilisierung ist

außerökonomisch: der höhere Standard wird aus Einkommen oder Monopolprofiten bezahlt, nicht aus v. Er ist Arbeitslosenunterstützung auch wo diese nicht deklariert ist, ja wo der Schein von Arbeit und Lohn dicht fortbesteht: Zugabe, Trinkgeld im Sinne der Herrschenden. Guter Wille und Psychologie haben damit nichts zu tun. Die ratio solchen Fortschritts ist das Selbstbewußtsein des Systems von den Bedingungen seiner Perpetuierung, nicht jedoch die bewußtlose Mathematik der Schemata. Die Prognose von Marx ist auf ungeahnte Weise verifiziert: die herrschende Klasse wird so gründlich von fremder Arbeit ernährt, daß sie ihr Schicksal, die Arbeiter ernähren zu mühen, entschlossen zur eigenen Sache macht und dem »Sklaven die Existenz innerhalb seiner Sklaverei« sichert, um die eigene Existenz zu befestigen.«³

Eben dies, das »Trinkgeld«, wäre innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse eine ökonomietheoretische resp. werttheoretische Unmöglichkeit, aber es gibt es, weil das v heute vielleicht in einer Minute sich reproduziert, den Rest des Arbeitstages hingegen dem Kapital dient. Daher könnten die ungeheuren Profite noch stammen – wer dies als Hypothese ausschließt, kann an der Theorie des Mehrwerts nicht mehr festhalten, jedenfalls nicht unter der Behauptung, sein theoretisches Interesse diene außer der narzißtischen Selbsthauptung einer politischen Identität, die in vergangenen Tagen erworben wurde, dem an der Aufklärung über die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Reproduktion. Beside: Der Strom kommt halt aus der Steckdose.

Theoretisch sehe ich keine andere Möglichkeit, als davon auszugehen, daß das v praktisch keinen Wert mehr hat und deshalb – wie gesagt – fungibel ist. Den Sandtransport haben wir ja längst in der tabuierten Form seiner Vermeidung. Daß die Arbeitslosen nicht gezwungen werden, Sand von einem Eimer in einen anderen zu füllen, verdanken sie der Gnade des Systems und nicht einer ökonomischen Logik, die irgend noch Macht hätte, indem sie sich »hinter dem Rücken der Subjekte« gegen die ökonomische Irrationalität durchsetzen könnte – alle leben vom Warenreichtum, auch die, die von ihm ausgeschlossen sind, aber überleben dürfen. Auf eine durchschlagende Rationalität des Wertgesetzes hat Marx vertraut, wenn er die Verelendung prophezeite. Sie ist ein für allemal dahin. Der Kapitalismus hat jenes Gesetz, das ihm das Ende bereiten sollte, suspendiert. Das verändert den Begriff des Kapitalismus: »Noch die politische Ökonomie, deren Konzeption die Theorie der liberalen grimmig vorgab, zergeht als vergänglich. Ökonomie ist ein Sonderfall der Ökonomie, des für Herrschaft präparierten Mangels. Nicht haben die Tauschgesetze zur jüngsten Herrschaft als der historisch adäquaten Form der Reproduktion der Gesamtgesellschaft auf der gegenwärtigen Stufe geführt, sondern die alte Herrschaft war in die ökonomische Apparatur zuzeiten eingegangen, um sie, einmal in voller Verfügung darüber, zu zerschlagen und sich das Leben zu erleichtern.«⁴

Demzufolge ist »Kapitalismus« nicht identisch mit »Kapitalismus«, worauf die Rede vom »Spätkapitalismus« hinweisen wollte. »Spät« sollte wohl meinen, daß er historisch sich überlebt hat. Dergleichen konnte im Vertrauen auf eine finale Phase phantasiert werden, der die Prolongierung jenes »Spät« zur Ewigkeit gereichen sollte. Die antizipierte Verfallsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise im Blick zu halten, stellt die Frage, wann mit der Verzögerung ihrer Abschaffung Schluß sein könnte. Vermutlich erst, wenn die Menschen sich der Zwänge entledigen, die das System ausbeuterischer, entfremdeter Arbeit ihnen auferlegt. Technologisch ist die

Abschaffung des Mangels längst erreicht, allerdings nicht das Mittel gegen den Krebs gefunden, auch nicht die Vollautomation. Stehen die jederzeit die Chance der Selbstbefreiung von ökonomischer Unterdrückung ins Auge fassenden Menschen vor der Emanzipation? Oder warten sie die Verheißung ab, daß im Kapitalismus alle Lebensmittel auf Ewigkeit produziert sein werden?

Das wäre listig, ist aber unwahrscheinlich, aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Vorherrschend scheint die Angst um einen Arbeitsplatz, der keinen Wert hat und deshalb überflüssig ist. Aber nicht einmal die Apologeten der Marxschen Kritik bringen die Kraft auf, die realen gesellschaftlichen Widersprüche auszusprechen, daß es nämlich an nichts fehlt, was die Befreiung von Arbeit brächte. Der Mangel, künstlich aufrecht erhalten und als überwunden ausgegeben, wäre auch politisch überwindbar, nach dem entwickelten technologischen Potential jedenfalls. Insofern steht alles zur Verfügung, es steht in voller Blüte, der Schoß des Kapitalismus war fruchtbar, wir bräuchten nur zu ernten.

Manche stört diese Blüte, weil sie die Lebensgrundlagen welken sehen. Diese Menschen, die sich die Farbe »grün« als Symbol einer intakten Natur gewählt haben, die sie verteidigen wollen, finden zu keinem ernsthaften Widerstand als dem gegen Schimmelpilze hinter ihrer Ikea-Tapete. Beschämend angesichts der Greifbarkeit gesellschaftlicher Rationalität in Produktion und Organisation des Lebens aller.

Die Ernte der Produktivitätskraftentwicklung hätte schon – nach Lenins Programm – 1917 eingefahren werden sollen. Das wirft auf den moralisch legitimierten Protest gegen kapitalistische Ausbeutung und ihre Beendigung durch revolutionäre Taten ein grelles Licht. Die feudale Rückständigkeit, der Oktroi eines »befreiten« Bewußtseins durch berufsmäßige Revolutionäre hat der Entwicklung der Produktivkräfte am Ort der Revolution wohl vorgegriffen – mit fürchterlichen Folgen. Dort, wo die Revolution unterblieb, geht es weiter, erst recht nach dem Sieg über die östlichen Diktaturen. Bis das Krebsmittel und sonst was entwickelt sind, mögen wir abwarten, bis es eben zum Absterben des Kapitalismus kommt. Nur, warum soll denn die alte Herrschaft aus dem Amt scheiden? Welche Revolution soll denn politisch eintreten, wer könnte ihr Subjekt sein? Wer soll die »gangs« und »rackets« verjagen?

Die Revolution hat stattgefunden, die Arbeit ist überflüssig. Dummerweise hat es keiner gemerkt – die Herrschaft überlebt ihr logisches, krisentheoretisch prophezeites Ende. Die von Marx formulierten Voraussetzungen der Abschaffung des Kapitalismus sind eingetreten, nicht politisch, aber ökonomisch, dort also, wo er seine größte Wirkung vermutete. Seine Anhänger haben an die Krisentheorie, die Verheißung eines Untergangs geglaubt, nicht von ihm gelernt, ihre eigene Zeit ökonomisch zu verstehen, für den Fall, daß die Prognose sich nicht erfüllen sollte, daß also etwas anderes eintritt als das Reich der Freiheit nach der finalen ökonomischen Katastrophe.

So steht die Linke heute dumm da, theoretisch ohne Anschauung von der eigenen Zeit politischer Aktion wie ohne Begriff von dem, das da überwunden werden sollte.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, Das Kapital, Band I, S. 336.
- 2 Karl Marx, Das Kapital, Band III, S. 291.
- 3 Ders., Reflexionen zur Klassentheorie, in: Adorno/Benjamin 1976, S. 21 f.
- 4 Theodor W. Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, in: Adorno/Benjamin, Integration und Desintegration, Hannover 1976, S. 16 f.